

ALLE BÜCHER
10 PROZENT
BILLIGER

Seite 5

JUMBO-JETS
UND DIE
REVOLUTION

SEITE 5

ZUR LAGE IM
STUDENTEN-
WERK

SEITE 4

STREIK
IN
BOCHUM

SEITE 2

Nr. 65

8. Oktober 1970

10 Pf

BSZ

Bochumer Studenten Zeitung
universität bochum und klinikum essen

Biedenkopf hat den Ruf nach Henkel angenommen — führt Henkel jetzt wohl seine Mitbestimmung ein???

Nachruf

auf

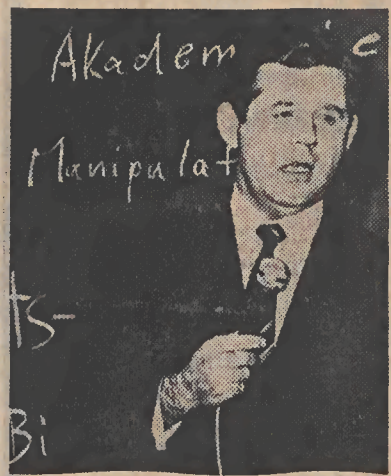
Exmagnifizenz Prof. Dr. jur. Kurt Heinrich Biedenkopf, LL.M. CDU 40 Jahre Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels-, Wirtschafts- und Arbeitsrecht
Kurt H. Biedenkopf hat den Wissenschaftsminister Rau gebeten, ihn zum 31. 12. 1970 aus seinem Beamtenverhältnis als ordentlicher Professor zu entlassen. Grund: Biedenkopf tritt zum 1. 1. 1971 für ein Jahresgehalt von 250.000 DM als Manager in die Geschäftsleitung des Waschmittelkonzerns Henkel ein (Persil...).

Offizieller Hintergrund:
Er habe während seiner Tätigkeit als Leiter der Mitbestimmungskommission Kiesingers eingesehen, daß ein Wissenschaftler ohne einige Jahre Praxis nicht auskommen kann. Diese „nachgeholtte Lehrzeit“ (Wechsel: Universität - Wirtschaft) sei in den USA, Großbritannien und Frankreich selbstverständlich. Er denke nicht daran, der Uni für immer den Rücken zu kehren; er gehöre auf keinen Fall zu denjenigen, die, wie in Berlin, aus Angst vor den linken Studenten die Universität verließen.

Warum verläßt K.H. Biedenkopf wirklich die Ruhr-Universität, die er als Rektor durch die Uni-Verfassung in seinem Sinne entscheidend mitzuformen half?
Falls es Herrn Biedenkopf darauf ankäme, statt 3000 DM monatlich über 20.000 DM zu verdienen, könnte er dies auch als Professor mit Privatgutachten erhalten.
aus fachlichen Gründen???

Es mag sein, daß Herr Biedenkopf bei Henkel eine Menge lernt. Doch führt dies nicht dazu, daß er (falls er je zurückkommen sollte) Wirtschaftsrecht nur noch mehr im Interesse der Großindustrie verstehen würde? (Für die Industrie übrigens eine sehr gute Gelegenheit, Wissenschaft in ihrem Interesse zu produzieren.)
aus beruflichen Gründen???

Kurt H. Biedenkopf war bei der Suche nach einem Wirtschaftsminister, der es mit Karl Schiller aufnehmen konnte, im Gespräch. Er gestand damals allerdings, daß er dafür noch viel zu jung sei und es ihm an politischen Erfahrungen



fehle (Spiegel 28/69); er wurde fallengelassen, weil die CDU einen reinen Theoretiker nicht gebrauchen konnte.

Seine für die CDU erforderliche praktische und politische Lehrzeit holt Herr Biedenkopf jetzt nach.

Wir wünschen Herrn Biedenkopf einen sicheren Platz als Wirtschaftsminister im Schattenkabinett von Rainer Maria Candidus Barzel oder Franz Josef Strauß vor den Bundestagswahlen 1973. ee

+ 10% - 10% = 0

Obwohl die meisten Studenten von dem 10prozentigen Konjunkturzuschlag auf die Lohn- und Einkommenssteuer nicht betroffen sind, ist es doch wohl von allgemeinem Interesse, wie man es anstellen muß, um diesen Aufschlag finanziell abzufangen — durch Kirchenaustritt.

Der Austritt aus einer Kirche oder Religionsgesellschaft erfolgt durch Erklärung auf der zuständigen Geschäftsstelle des Amtsgerichts des 1. Wohnsitzes (in Bochum Bahnhofsvorplatz 8); Kosten entstehen hierbei nicht.

Der Austritt wird vom Amtsgericht sofort dem Vorstand der jeweiligen Religionsgemeinschaft mitgeteilt, damit dieser sein Schließen noch zum Widerruf der Erklärung bringen kann. Die Austrittserklärung wird erst nach einem Monat wirksam, bis dahin kann sie zurückgenommen werden.

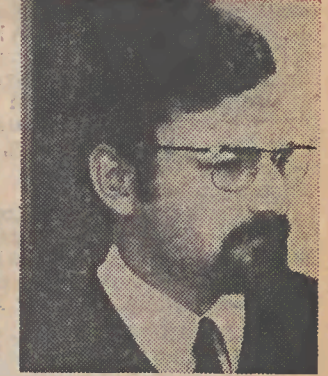
Nach einem Monat bekommt man kostenlos eine Bescheinigung über

den Austritt vom Amtsgericht zugeschickt, und kann damit beim Finanzamt die Änderung der Steuerkarte veranlassen. Die Befreiung von der Kirchensteuer tritt mit Ende des laufenden Steuerjahres ein, jedoch nicht vor Ablauf von drei Monaten nach Abgabe der Erklärung.

Die Wirkung der Austrittserklärung ist der völlige organisatorische Bruch mit der Kirche. (Man darf sich allerdings weiterhin der Glaubensgemeinschaft der Kirche verbunden fühlen.)

Vorsicht für Katholiken: Es drohen bei Austritt die Kirchenstrafen der Apostasie und Häresie.

Man sollte sich durch solche bösen Aussichten allerdings nicht vom Kirchenaustritt abhalten lassen. ee



Der neue Vorstand der Bochumer Studentenschaft (AStA): Renate Zimmermann-Eisel (SHB), 22, Geschichte; Michael Holzach (SHB), 23, Sozialwiss.; Jürgen Riesenbeck (SPARTAKUS), 25, ev. Theologie; Herbert Molderings (Junge Garde), 22, Kunstgeschichte; Fred Blecher (FHV), 24, Wirtschaftswiss. (von links nach rechts).

DER NEUE AStA UND SEIN PROGRAMM

Bericht und Analyse der Wahl zum vierten Studentenparlament

Die Wahlen zum 4. Studentenparlament vom 30. 6. — 3. 7. brachten wieder eine klare Mehrheit. Die Wahlbeteiligung lag mit genau 40 Prozent jedoch weit unter den Beteiligungen der letzten Jahre und macht wohl eine Untersuchung der Gründe notwendig. Insgesamt gaben 58,6 Prozent ihre Stimme einer sozialistischen Gruppe, während die rechten Gruppen 36,4 Prozent der Zweitstimmen erhielten. Überraschungserfolge gab es für die politischen indifferenten Gruppen „Anarcho-Syndikat“ oder auch Hajo genannt mit 2,7 Prozent = 1 Sitz und Student für Europa (SfE) mit 1,76 Prozent (= 1 Sitz).

Die großen Gewinner der Wahl waren die BSU mit 23,5 Prozent und der erst im Mai gegründete „neue“ SHB, der zwar mit 22,6 Prozent weniger Zweitstimmen erhielt, aber aufgrund der größeren Zahl von Direktmandaten im Parlament einen Sitz mehr hat. Das ist die Sitzverteilung im 4. SP:

SHB 16, BSU 15, RCDS 5, FHV 5, Spartakus/LFL 5, SOS/ML 2, LDS 1, Anarcho-Syndikat 1, Junge Garde 2, SfE 1.

Trotz des verhältnismäßig hohen Sieges der linken Gruppen gab es nach der Spaltung der Linken in „Revisionisten“ und „Antirevisionisten“ doch noch Schwierigkeiten bei der Koalitionsbildung. Da der SDS/ML ein für die anderen Koalitionsgruppen nicht annehmbares Alleinvertretungsrecht beanspruchte, schied er für die Koalition aus. Nach teilweise harten Verhandlungen schloß sich schließlich eine Koalition SHB, FHV, Spartakus, Junge Garde heraus, die sich auf ein gemeinsames Aktionsprogramm einigen konnten. Diese Koalition hatte, unterstützt noch vom SfE, mit 29 Stimmen genau die absolute

Mehrheit und somit genug für die AStA-Bildung.

Diese 29 Stimmen erhielt die neue AStA-Vorsitzende Renate Zimmermann-Eisel (SHB) im 3. und entscheidenden Wahlgang. Als die Stellvertreter nannte sie als Sozialreferent Manfred Borchert (SHB), als Referenten für den Gesamthochschulbereich Herbert Molderings (Junge Garde), als Referenten für Fachschaften und Projektbereiche Jürgen Riesenbeck (Spartakus) und Fred Blecher (FHV) für Finanzen und Organisation.

Die niedrige Wahlbeteiligung zeigt klar die entpolitisierende Wirkung der illusionistischen Politik des SDS/ML. Während nämlich die KJVD sich ganz von der Hochschulpolitik zurückzog und an der proletarischen Basis arbeitete, verstrickte sich der SDS/ML immer mehr in Widersprüche: hier verzweifelter Kampf um den Sieg bei Studentenwahlen, da Anspruch auf die proletarische Massenorganisation. So bauten sie auch mit Hilfe der BSZ und des AStA ihre Politik auf: man schrieb und schrieb so, als hätte man die Massen schon hinter sich und langsam glaubte man selbst daran. Doch die studentische Masse sah vom SDS/ML nur noch diese Schizophrenie oder sie verstand ihn gar nicht mehr.

Die Phase der Entpolitisierung mußte kommen. Streiks und eine BSZ, die nicht mehr gelesen wurde. Das waren die Auswirkungen der großen Illusion, immer nur von der Führungsrolle des Proletariats zu reden, ohne die Studenten zu politisieren. Eine unpolitische, antisozialistische Studentenschaft kann man nicht unter die Führungsrolle des Proletariats stellen. Die rechten Gruppen, vor allem die BSU, hatten nichts anderes zu tun, als durch denunziatorische Aktionen,

immer hinweisend auf die bösen linken Gruppen, allen voran, den SDS/ML, eine reaktionäre Politik zu machen. Ihr Verhalten in der Frage der Gremien zeigt deutlich, daß sie nicht gewillt sind, die Interessen der Studentenschaft zu vertreten, sondern im eigenen Interesse um die Gremien kämpfen. Dabei wären gerade die Gremien ein Anhaltspunkt zur Politisierung der Studenten, wenn man konsequent eine Konfliktstrategie angewandt hätte.

So läßt sich allein die niedrige Wahlbeteiligung erklären: eine zunehmende Entpolitisierung durch eine illusionistische Politik der ML und einer reaktionären der BSU.

Daß es trotzdem einen Wahlsieg der Linken gab, muß deshalb verwundern, zumal die BSU sich geschickt im Wahlkampf mit liberalen und antiautoritären Worten schmückte, um die Studentenschaft zu bluffen. So traf man genau den Geschmack derjenigen Studenten, die zwar auch modern waren, aber mit Politik nicht viel am Hut haben wollten. Allerdings traf man nur zum Teil ins Schwarze. Auf ähnliche Weise versuchte der, ersatzgeschwächte RCDS an die Massen heranzukommen.

Mit popig leuchtenden Glanzpapierbroschüren, die teuer waren, aber wo nicht viel zu lesen war, überschütteten sie die Studenten. Endlich einmal leuchtet auch was in der Mensa! Aber daß nicht alles Gold ist, was glänzt, merkte man bald und ließ es dem RCDS spüren. Er verlor einen Sitz im Parlament. Der Sieg der Linken läßt für die Zukunft hoffen. Die Redaktion wünscht dem neuen AStA viel Erfolg!

Der FHV, bisher immer zu einer rechten Koalition neigend, setzte sich diesmal schon im Wahlkampf

scharf von der BSU ab (diese BSU ist nicht sozial-liberal, sondern sozial-reaktionär) und war auch von Anfang an bestrebt, eine Linkskoalition zustandzubringen. Sie verstehen sich selbst als liberale Sozialisten, d. h. „sozialistisch ohne gewisse dogmatische Fixierungen“.

Die „Junge Garde“ hat als einzige Gruppe, die im AStA vertreten ist, ihre Schüler- und Lehrlingsgruppen, eine außeruniversitäre Basis und benötigt deshalb nicht wie reine Studentengruppen wie SHB, Spartakus, FHV usw. einen großangelegten Wahlkampf. Es war von vornherein klar, daß eine Mitarbeit im AStA für sie nur ein Teil ihrer sozialistischen Tätigkeit sein kann. Daß sie trotzdem gleich beim ersten Anlauf zwei Sitze im SP erhielt, ist ein Erfolg.

Der Antikommunismus hinderte Spartakus daran, trotz intensiver Arbeit, im letzten Semester zu einem vollen Wahlerfolg zu kommen. Immerhin konnte er seine Stimmen verdoppeln. Bei den unterschiedlichen politischen Ausrichtungen der verschiedenen Gruppen von den liberalen Sozialisten (FHV), über den der DKP nahestehenden „Spartakus“ und den zwischen antiautoritären Systemkampf und Marxismus schwankenden SHB bis hin zur trotzkistischen Jungen Garde läßt sich natürlich schwer ein einheitliches gesamtgesellschaftliches politisches Konzept entwickeln.

Wichtig!

Der Sozialbeitrag für das WS 70/71 (97 DM) muß vor Einschreibung oder Rückmeldung bei der Westfalenbank eingezahlt werden.

Befreiung

von der halbjährigen DSKV-Versicherungsprämie von 70 DM können Studentinnen und Studenten beim Studentenwerk (Forum hinter der Mensa/ehem. Westfalenbank) beantragen, die bereits gesetzlichen Krankenschutz genießen.

Gegen Vorlage einer Bescheinigung der Krankenkasse erhält man einen Einzahlungsschein über 27 DM. Falls schon 97 DM gezahlt wurden, kann Rückerstattung beantragt werden.

Dennoch muß auf der Grundlage eines Minimumkonsens der Kampf gegen die kapitalistischen Großkonzerne und die in ihrem Dienste die Formierung der Hochschule betreibende Kultusbürokratie aufgenommen werden, um damit einen Beitrag zum gesamtgesellschaftlich stattfindenden Klassenkampf zu leisten.

Fortsetzung auf Seite 3

„Bochumer Verein“ streikt!

„Rationalisierung“ auf dem Rücken der Arbeiter

Am Donnerstag, dem 17. Sept. gegen 15.30 h legte die Mittagschicht der Fried. Krupp Hüttenwerke AG in Bochum spontan die Arbeit nieder. Die Arbeiter hatten erfahren, die Krupp GmbH Essen plane, die mechanischen Bearbeitungsbetriebe in eine neu zu gründende Gesellschaft einzubringen, eine Maßnahme, die ca. 6000 Beschäftigte betraf. Die Arbeiter befürchteten neben Stilllegungen und Kündigungen ihre Ausgliederung aus dem Montanbereich und damit Verlust der paritätischen Mitbestimmung, einer Reihe von Sozialleistungen sowie der jetzigen Lohnstarfe.

Am Freitag wurde der Streik in größerem Umfang weitergeführt. Einige spontane Aktionen, wie der Sturm auf das Verwaltungsgebäude und die Blockierung der Kreuzung vor dem Krupp-Hochhaus,



Streikende Arbeiter vor dem Krupp-Hochhaus

konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine einheitliche Konzeption fehlte und daß eine echte Organisation der Streikenden nicht vorlag.

Pläne einiger Arbeiter in dieser Richtung scheiterten an mangelndem Zuspruch und an dem Fehlen der einfachsten technischen Hilfsmittel. So kam es weder zu einer aktuellen und umfassenden Information über den Stand des Streiks noch zur Zusammenstellung eines Streikkomitees noch zu einheitlichen Resolutionen der Arbeiter. Die Unternehmensleitung geizte mit Erklärungen. Ihre Strategie war die Hinhaltung der Arbeiter mit Verstrickungen auf kommende Stellungnahmen. Sie setzte darauf, daß sich der Streik totlaufen werde, wenn einmal der erste Unwille abregiert sei. Die Taktik der Konzernherren zeigte sich erfolgreich.

Die IG-Metall und ihr Vorsitzender Otto Brenner hinkten hinterher. Am Nachmittag ließ dieser mit-

teilen, die Gewerkschaft IG-Metall bekenne sich zu ihrer Schutzfunktion gegenüber den Arbeitnehmern.

Die Spätschicht nahm am Abend die Arbeit wieder auf.

Erst am Sonntag gab der Vorstand der Krupp Hüttenwerke Bochum die vage Versicherung ab, man werde die „Wünsche der Belegschaft, die in der Entschließung des Betriebsrates vom 18. Sept. ihren Niederschlag gefunden haben, voll berücksichtigen“.

Während die bürgerlichen Parteien und Gruppen erwartungsge- maß nichts unternahmen, stolperte die KPD/ML ins Gefecht. Sie verteilte am 18. Sept. morgens ein Extrablatt ihrer „Roten Fahne“, in dem sie auf die aktuellen Probleme, die zur Arbeitsniederlegung

hinaus. (siehe oben). Es zeigte sich, daß auch die fortschrittlichere Mitbestimmung der Montanindustrie nur ungenügend die Interessen der Arbeiter wahren kann, auch wenn sie der Unternehmensleitung so un- bequem schien, daß diese den Ver- such ihrer Ausschaltung für einen großen Teil des Betriebes wagte. Es bestätigte sich die These, daß das Kapital zuerst an sich selbst denkt und an die Maximierung seines Profites und daß der Arbeiter ihm nicht mehr als eine Produktivkraft ist, mit der nach Belieben verfahren werden kann. Erneut konnte man die Erkenntnis gewinnen, daß der Kapitalismus auf den Klassen- kampfbesser vorbereitet ist, als der Arbeiter heute.

Der Betriebsrat spielte seine jämmerliche Rolle bis zum Schluß. In einem Flugblatt vom 18. Sept. nachmittags hieß es: „... hat der Betriebsrat der Friedr. Krupp Hüttenwerke AG Werk Bochum mit Erstaunen und großer Bestürzung davon Kenntnis genommen, daß von der Krupp-Konzernleitung in Essen die Absicht besteht, ...“ und weiter: „Man kann nicht ohne un- übersehbare menschliche, soziale, organisatorische und rechtliche Schwierigkeiten eine gewachsene Belegschaft einfach teilen.“ Von den Arbeitern als deren Vertreter ge- wählt, verlor der Betriebsrat den Blick für die Interessen der Arbeit- erklasse. Nachdem die Arbeiter ihre Angelegenheiten selbst in die Hand genommen hatten, tapste er schwerfällig den Ereignissen hin- terher. Aufgesogen vom Estab- lishment, verhielt er sich echt an- gepaßt und reagierte mit „Erstaun- en“ und „Bestürzung“, nicht fähig, die Rationalisierungspläne auf ihren Kern hin zu analysieren und sie in den Zusammenhang der Aus- einandersetzung zwischen Kapital und Arbeit zu stellen. So sind denn die Schwierigkeiten, die der Be- trieberrat beanstandet, auch organi- satorischer und rechtlicher Art, ein Beweis dafür, daß trotz aller „Be- stürzung“ der Blick über die rele- vanten menschlichen und klassen- analytischen Probleme hinaus schon auf Verfahrensfragen der betrieb- lichen Umorganisation gelenkt wurde.

Schon hier kündigte sich auf Seiten der Arbeiter an, was sich in den folgenden Wochen in größerem Umfange bestätigen sollte: Das Vorgehen der Arbeiter eröffnete die Perspektive einer sich allmäh- lich ihrer objektiven Interessen be- wußt werdenden und sich klassen- kämpferisch organisierenden Ar- beiterklasse; es zeigte die Tendenz, das Gängelband zu durchschneiden, an dem die bürgerlichen Gewerk- schaften die Arbeiter halten. Er- neut ist man auf dem Weg zur en- dgültigen Konfrontation von Kapi- tal und Arbeit einige Schritte wei- tergegangen.

H. J.

„Wer Wind sät, wird Sturm ernten!“

Daß Otto Brenner angesichts der zunehmenden Verschärfung der Arbeitskämpfe in der Metallindustrie in der letzten Woche zu solch har- ten Worten fand, war sicherlich kein Zufall. Mehr als 100 000 Werk- tätige — darunter zum erstenmal in größerem Umfang auch Ange- stellte — hatten am Freitag, dem 25. 9., die Arbeit ganz oder teilweise niedergelegt. Bereits nach 10 Mi- nuten scheiterten am gleichen Tag die Verhandlungen der sog. „Tarifpartner“ in Krefeld, als die Un- ternehmer die Gewerkschaft aufge- fordert hatten, von ihrer Forderung auf 15 Prozent Lohnerhöhung ab- zurücken.

Auch in Bochum hatten die Ar- beiter in den letzten 14 Tagen be- reits in größerem Umfang aktiv

den Kampf für ihre Interessen auf- genommen und auf ihre Weise Mit- bestimmung praktiziert. Im Bochum- er Verein breitete sich am 17. 9. mit Windeseile das Gerücht aus, daß die Krupp-Konzernleitung et- was im Schilde führe. Diesmal konnte eine Stilllegung zweier Teil- betriebe oder ihre mögliche Über- führung aus der eisenschaffenden in die eisenverarbeitenden Indus- trie oder eine Ausgliederung der Teilbetriebe zwecks einer Kon- zernneugliederung in Betracht kommen — in jedem Fall eine be- deutende Verschlechterung der Ta- rifeinstufung und damit der mate- riellen Lebensbedingungen der Ar- beiter.

Bereits 1966 hatte die Krupp- Konzernleitung ca. 2000 Arbeits- plätze ohne Vorankündigung und Schaffung neuer Arbeitsplätze wegrationalisieren wollen. Die Erinne- rung an dieses Vorhaben war noch wach und die Kollegen wußten, daß sie wie damals nur durch eine ge- meinsame Kampfkraft ihre Inter- essen würden durchsetzen können. (1966 hatten 8000 BVer gestreikt und waren zur Konzernleitung ge- zogen, um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen.) Nach einigen Diskussionen legten am 17. die Ar- beiter der betroffenen Betriebe die Arbeit nieder und marschierten zur Hauptverwaltung um eine klare Antwort auf ihre Fragen zu erhal- ten.

Die Konzernleitung reagierte stundenlang überhaupt nicht und ließ sich dann zu einer nichtsagen- den Erklärung herab, die die Kol- legen dazu bewog, die Gerüchte als bestätigt anzusehen. Sie beschlos- sen den Streik solange fortzuführen, bis die Forderungen des Be- trieberrates nach keiner Ausgliederung der Betriebe und Erhaltung der bisherigen Sozialleistungen defi- nitiv durch die Geschäftsleitung akzeptiert würden. Durch den Druck der Arbeiter in dem 3tägigen Streik konnten diese Forderun- gen tatsächlich durchgesetzt wer- den.

Eine neue Rolle spielten in dieser Auseinandersetzung die Betriebs- räte und sogar das DGB-Aufsichts- ratmitglied Maslo, die sich nicht nur hinter den Streik stellten, son- dern ihn indirekt sogar mit in Gang brachten. Maslo, der in West- berlin an einer Aufsichtsratsitzung

von den Plänen der Unternehmens- leitung erfuhr, war nach Bochum gefahren und hatte unter Bruch der „Schweigepflicht“ (sog. „Ver- trauensbindung“) den Betriebsrat informiert, der seinerseits wieder die Nachrichten in den Betrieb wei- terleitete. Erst auf diese Weise konnten die Kollegen reale Mitbe- stimmung nämlich Mitentscheidung durch Arbeitskampf praktizieren.

Entgegen allem Gerede von „inakti- ven“ Kommunisten hatte die DKB-Betriebsgruppe wesentlichen Anteil an der Informierung der Kollegen. Sofort zu Beginn des Streiks erarbeitete sie unter Hinzue- ziehung fortschrittlicher Studenten eine Betriebszeitung, die über die aktuelle Situation berichtete, und ebenso wie zwei weitere Flugblät- ter und verschiedene Materialien der SDAJ wesentlich dazu beitrug- en, daß es zu einer tatkräftigen Unterstützung der Verhandlungen durch die Kollegen kam. Wichtig ist auch, daß die Lehrlinge, für die auf Grund des Lehrvertrages der unmittelbare Arbeitsplatzverlust auf dem Spiel stand, sich nach ein- gehender Diskussion mit ihren äl- teren Kollegen solidarisierten und sich am Streik beteiligten.

Die Flugblätter, die die Angehö- rigen der Rote-Fahne-Fraktion der KPD/ML verteilten, unterschieden sich nicht wesentlich von den oben genannten von DKB und SDAJ.

Genau eine Woche später nah- men am 25. die Opel-Arbeiter ih- ren Kampf für eine Lohnerhöhung von 15 Prozent und ein 13. Monats- gehalt auf. Ca. 6000 Arbeiter demon- strierten durch die Bochumer Innenstadt um ihre Forderungen in der Öffentlichkeit bekannt zu ma- chen und auf die Tarifverhandlun- gen Druck auszuüben. Bisher haben sie bereits die Zusicherung eines 13. Monatsgehalts in Höhe von über 70 Prozent des sonstigen Lohnes erreicht.

Was in den weiteren Ausein- andersetzungen in der Metallrunde 70 zu erwarten ist, kann man kaum voraussagen. Feststeht, daß die Arbeiter und zunehmend auch Teile der Angestelltenchaft nicht bereit sind, seit Jahren steigende Superprofite in der Stahlindustrie hinzunehmen und sich mit faulen Kompromissen zugunsten des Mo- nopolkapitals abspelsen zu lassen.

R. F.



Im Verwaltungsgebäude wartete man auf die Stellungnahme des Vorstandes

DIE WAZ „IRRT“

Über 100 000 Metallarbeiter traten am 25. September in den Streik um berechtigten Lohnforderungen Nachdruck zu verleihen. Darüber konnte die bürgerliche Presse natü- rlich nicht schweigen. Wohl aber mischte sie ihren Berichten dosier- te Fehlinformationen bei, die dazu führen sollten, daß trotzdem jeder- mann glaubte, die Verhältnisse seien noch „in Ordnung“. Eines der Instrumente dabei ist stets der An- tikommunismus.

So setzte am 26. die auflagen- stärkste WAZ auf Seite 1 den fet- ten Zwischentitel „KP-Agitatoren verprügelt“ und schrieb darunter: „Wie die Bochumer WAZ-Redak- tion berichtet, hatten kommunisti- sche Agitatoren keinerlei Einfluß auf die Vorgänge von Freitag. Ein- ige von ihnen waren am Donners- tag abend verprügelt und vom Werksgelände verjagt worden. Flugblätter, die sie verteilt hatten, wurden eingesammelt und ver- brannt.“

Da sieht man's wieder: „werk- fremde“, „Agitatoren“ versuchen „Propaganda“ zu machen. Aber un- sere braven Jungs haben ihnen schon gezeigt, daß sie mit roten De- magogen nichts zu tun haben wol- len. Die sollen doch nach „Drüben“ gehn ...

Um dererlei Hetze den informa- tiven Schleier zu nehmen, hinter dem sie sich verbirgt, braucht man diesmal gar nicht weit zu suchen. Die weniger bedeutenden „Ruhr- Nachrichten“ brachten den Fall nämlich konkret (mit Foto) und schrieben: „... vor dem Werk Lan- gendreer war es am Mittag zu einem Tumult gekommen als ein tschechischer Arbeiter einer DKB- Gruppe Handzettel entriß und ver- brannte.“

Deutsche Arbeiter kommentier- ten den Alleingang des Tschechen mit den Worten: „Komm, laß das, Dubcek, wir sind hier in einem freien Land. Auch die dürfen ihre Meinung haben.“ Und im Lokalteil der gleichen Ausgabe (v. 26. 9.) hieß es: „Ein Tscheche, der nach dem 21. Aug. 1968 aus der CSSR floh und in Bochum Arbeit fand, reißt einem Arbeitskollegen ein Flugblatt der kommunistischen Betriebsgrup- pe „Roter Kadett“ aus der Hand und hält ein Zündholz darunter. Andere Kollegen schlugen auf ihn ein.“

Der Versuch der WAZ über staatstragenden Antikommunismus streikender Arbeiter zu berichten, entlarvt sich somit eindeutig, was nicht heißt, daß die erwünschte Wirkung nicht erreicht worden ist. ps

Der Bochumer AstA wird für das Wintersemester 1970/71 wieder Freitische vergeben.

Allerdings steht nur eine be- grenzte Anzahl zur Verfügung. Diese ergibt sich aus der Summe der für diesen Zweck bereits eingegangenen oder noch ein- gehenden Spenden. Der AstA entscheidet unter den einge- henden Anträgen nach dem Ge- sichtspunkt der individuellen Finanzlage der Antragsteller.

CHE



8. 10. 1970
3. Todestag

3x in Nähe der Uni SPARKASSE

Querenburg, Im Westenfeld 22 Tel. 51 10 15

SPARKASSE

Universität, Buscheysstraße 132 Tel. 51 16 74

SPARKASSE

Girondelle, Steinkuhlstraße 119 Tel. 51 41 72

- in Ihrer Nähe -

Kitag in der Krise

Es ist kurz vor zwölf. Die Eltern stehen vor den Barrikaden und es fehlt nicht sehr viel daran, daß die 130 Väter und Mütter, die ihre Kin- der in der Tagesstätte des Stu- dentenwerkes untergebracht haben, auf die viel zitierten Sturmgerüste klettern.

Der Grund für die berechtigte Empörung unter der Elternschaft: Von einem Tag auf den anderen wurden die Eltern mit der Tat- sache konfrontiert, daß der ehe- malige Vorstand des Studenten- werkes (ohne es selber recht zu merken) die Einrichtung Kinder- tagesstätte nur betreiben konnte, weil er pro Monat an die 15 000 DM aus Geldern der Studenten- schaft, die für andere Zwecke ge- bunden waren, in der Kinderta- gesstätte zuschoß.

Die Konsequenz für den neuen Vorstand: er muß sich einerseits bemühen öffentliche Zuschüsse für die Kindertagesstätte hereinzuho- len. Das wird natürlich dadurch er- schwert, daß in der Kindertages- stätte des Studentenwerkes nicht nur die Sprößlinge von Studieren- den sondern auch von Angestellten und Dozenten untergebracht sind, weil für letztere keine besonderen Zuschüsse zu holen sind. Dennoch scheint es nicht ganz aussichtslos, über Zuschüsse zu verhandeln, die das ja auch in Zukunft zu erwar- tende Defizit wenigstens annä- hernd abdecken sollen.

Da es erfahrungsgemäß aber ei- nige Zeit dauert, bis auf dem üb- lichen Instanzenweg solche Zu- schüsse bewilligt sind, wird man um das Defizit wenigstens zu schmälern, um eine Beitragerhö- hung für in der Kitag unterge- brachte Kinder in den höheren Einkommensklassen kaum herum- kommen. Deshalb soll ein vorläu- figes Beitragsschema von einer El- ternkommission erarbeitet und von einer Elternversammlung verab- schiedet werden.

Bisher wurde das Defizit aus Geldern der Studentenschaft ge- deckt. Dieses Verfahren ist selbst- verständlich vom AstA weder für die Vergangenheit noch für die Zu- kunft gutzuheißen. Denn 1. würde das Aufkommen für das Defizit in der Kitag das Finanzvolumen der Studentenschaft bei weitem über- schreiten, und 2. ist in keiner Wei- se einsichtig, weshalb die Studen- tenschaft die Kindertagesstätte fi- nanzieren soll, während die Uni- versität (und/oder) die Assisten- tenschaft für ihre Angestellten, die ja ebenfalls dort untergebracht sind, bisher noch keinen einzigen Pfennig beigesteuert haben.

Daß jetzt auch noch wieder die- jenigen Kräfte, die seit eh und je gegen die studentische Selbstver- waltung eingestellt waren auf dem Plan erscheinen und ohne die frü- heren Verhältnisse im Studenten- werk (s. Artikel „auf Seite 4“) zu kennen, fordern, daß andere Trä- ger die Kindertagesstätte überneh- men, kann man nur als Anmaßung bezeichnen. Die Studentenschaft hat bisher ihr Möglichstes getan die Kitag zu erhalten. Geschlafen wurde auf anderen Sesseln.

Sozialpolitik an der RUB

Die Diskussion begann im vorigen Sommersemester und endete vor- läufig damit, daß sie von einer Auseinandersetzung um Sachen zu einer Auseinandersetzung um Per- sonen wurde. Jetzt aber steht die Neubildung des Sozialbereiches wieder auf der Tagesordnung.

Im Nachlaß des Starostik-AstA befand sich ein Konzept zur Neu- strukturierung des Sozialbereiches an der Ruhr-Universität, das eine Trennung des sozialfürsorglichen vom sozialpolitischen Bereich vor- sah. Nach Vorstellung von Gabi Kasper (Sozialreferentin während der Starostik-Zeit), Hartmut Dreier (Studentenpfarrer in der ESG) und Rainer Duhm (ebenfalls Sozialreferent) sollte ein Neuzuscha- fendes universitäres Sozialwerk in der Hauptsache sozialfürsorgliche Dinge wie Stipendienvergabe, Mensaessen und Wohnungsver- mittlung betreiben. Ein sozialpoli- tisches Studentenwerk dagegen sollte sowohl innerhalb als auch außerhalb der Universität Ansätze zur Gesellschaftskritik und -Verän- derung initiieren. Die Realisierung dieses Konzepts scheiterte sowohl an den Satzungsanträgen, die zu Verwirklichung des neuen Strukturmodells auf den Tisch ge- bracht wurden, als auch an der rechten Koalition des Studenten- werkes und einem taktisch nicht immer ganz klugen Vorgehen.

Der neue AstA (Vorsitzende Re- nate Zimmermann-Eisel) will den Kerngedanken des Konzepts zur Neugliederung weiter verflechten, weil auch er der Ansicht ist, daß studentische Sozialpolitik sich nicht auf Sozialfürsorge beschränken darf, wenn sie an den Wurzeln der sozialen Mißstände in der Bundes- republik etwas ändern will.

Die Bedingung des AstA für ein universitäres Sozialwerk aber heißt: Selbstverwaltung von den Betroffenen der Sozialfürsorge- maßnahmen. Deshalb in den ent- scheidenden Verwaltungsgremien Halbparität zwischen Delegierten der Studentenschaft und den Ver- tretern der Angestellten des uni- versitären Sozialwerkes!

Die nächste
Nr. der BSZ
erscheint am
22. Oktober

Aus dem Inhalt:
Emanzipation
der Frau
Wohngeld
Kriegsdienst-
verweigerung

AStA-Aktionsprogramm

Dieses Aktionsprogramm, das von den Vertretern der den AStA tragenden Gruppen erarbeitet wurde, stellt kein theoretisch-ideologisches Bündnis dar, sondern beschreibt den Zusammenhang für das gemeinsame Vorgehen im nächsten Jahr.

Fast ein Jahr lang war die BSZ Instrument einer weltrevolutionären Splittergruppe, die ihre Legitimation weder aus überlegenen theoretischen Positionen noch aus einer nennenswerten Massenbasis bezog, sondern mehr oder weniger zufällig die Posten von AStA und Redaktion innehatte. Das Sommersemester und die anschließenden Wahlen zum Studentenparlament (SP) haben hier eine Klärung herbeigeführt, insofern als sowohl den linken Sektieren als auch den — bei soviel „linker Selbstzerfleischung“ — großspurig gewordenen rechten Gruppen (BSU, RCDS) eine Abfuhr erteilt wurde.

eines Minimalkonsens Politik im Interesse der Studenten (und im weiteren Sinne auch der werktätigen Bevölkerung) gemacht wird. Die dafür erforderliche Strategie, für die das (an anderer Stelle abgedruckte) AStA-Aktionsprogramm eine Grundlage sein kann, muß in ständiger Diskussion erarbeitet, korrigiert und auf die Anforderungen unserer politischen Praxis hin weiterentwickelt werden.

Im letzten Jahr hat die BSZ sich in eine kleine Sektiererkammer zurückgezogen, die es jetzt wieder zu verlassen gilt. Es genügt nicht nur Geschehnisse von außen zu kommentieren,

In eigener Sache

Es gilt nun neu anzufangen, die politische Praxis der fortschrittlichen Studenten an der RUB zu reorganisieren, die Organe der Studentenschaft (AStA, SP usw.) wieder arbeitsfähig zu machen sowie den demobilisierten Zustand der Masse der Studenten zu überwinden.

Von außerordentlicher Bedeutung wird dabei die Informationspolitik sein, zu der auch die Arbeit der BSZ zu zählen ist. Welchen Stellenwert hat dieses Blatt unter den jetzigen Bedingungen?

Die BSZ muß unserer Meinung nach zu einem wirklichen sozialistischen Massenorgan an der RUB gemacht werden, ohne daß deshalb permanent am Bewußtsein der Studenten vorbeigeschrieben wird. Information und Agitation müssen eingesetzt werden als Mittel im Kampf gegen die Formierung von Hochschule und Gesellschaft und gegen die Konsequenzen dieser Politik an der RUB. D. h. aktuelle Informationen und Kommentare werden sowohl allgemein-gesellschaftspolitische Fragen und Fragen allgemeiner Bildungspolitik betreffen wie auch die konkreten Probleme der Bochumer Situation und unserer spezifischen Perspektiven. Letzteres muß natürlich im Vordergrund stehen, wollen wir einen realen Beitrag zur Einbeziehung bisher noch weniger politisierter Studenten in die Auseinandersetzungen an ihrem Arbeitsplatz zu leisten. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, die Bildung einer linken Aktionseinheit zu unterstützen, bei der — trotz aller politischen Differenzen — auf der Grundlage

man braucht auch Berichte an den betreffenden Aktionen usw. unmittelbar Anwesenden selbst. Wir werden daher Initiativen ergreifen um einen größeren Mitarbeiterkreis aufzubauen. Um die Öffentlichkeit der Erstellung der Zeitung zu sichern, wird die Redaktion feste Zeiten ansetzen, wo jemand erreichbar sein wird, sowie feste Redaktionssitzungen abhalten. Alle interessierten Kommilitonen und Genossen sind aufgerufen, dort zu erscheinen, sich an der Arbeit mit Beiträgen usw. zu beteiligen.

Die Redaktion der BSZ, die sich bis jetzt aus je einem Vertreter des SHB, des SPARTAKUS und des FHV zusammensetzt, ist zugegebenermaßen heterogen. Auch wird man sich nicht immer in der Diskussion einigen können. Daher werden im Zweifelsfall mehrere Artikel zu einem Thema erscheinen bzw. die Verantwortlichkeit der Redaktion durch Namensnennung des Autors eingeschränkt werden.

Auf diese Weise kann jede Gruppe ihre Beiträge in die Zeitung einbringen. Das gleiche gilt für den AStA, an dem die Redaktion — wenn sie es nach eingehender Diskussion für notwendig hält — auch Kritik üben wird. Weit wichtiger als die Einigung unter den am AStA mehr oder weniger Beteiligten, ist jedoch die Einbeziehung möglichst vieler interessierter Kommilitonen und Genossen, die bei der Erstellung der BSZ mitarbeiten wollen.

Redaktionssitzungen: Freitags 12 Uhr.

Die Redaktion ist täglich zu erreichen zwischen 12 und 14 Uhr.

SP zu Grabe tragen?

Das 4. Studentenparlament an der Ruhr-Universität, seit 7. Juli 1970 „im Amt“, wird genauso viel oder genauso wenig wie seine Vorgänger in der Lage sein, studentische Politik an der RUB zu formulieren, zu aktivieren oder zu realisieren. Dies einfach deshalb nicht, weil das SP

1. als Kontrollorgan des AStA unwirksam bleiben muß, sobald es tatsächlich um Kontrolle des AStA und Einflußnahme auf dessen Zusammensetzung und Aktivitäten geht — wie es im letzten Semester bezüglich des SDS/ML-AStA ganz deutlich wurde;
2. keine Möglichkeiten zur Durchsetzung seiner Beschlüsse hat — zu erkennen an den vergeblichen Bemühungen des SP, rechtzeitig, d. h. schon vor Jahren Herrn Schultz zu einer klaren Rechnungslegung und Buchführung im Studentenwerk zu verpflichten;
3. in allen politischen Aktionen der letzten Zeit keine Rolle mehr spielen — nicht einmal mehr eine deklaratorische.

Dieses SP hat also keine Funktion und Berechtigung mehr und ist abzuschaffen. Die meisten Parlamentarier haben dies erkannt; geredet wird davon seit langem; geschafft hat es noch niemand. Vielleicht geht es diesmal, wenn sich dieses SP beschränkt auf

- a) Verabschiedung des AStA-Haushaltes 1970/71,
- b) Kontrolle des Studentenwerkes und laufende Information der studentischen Öffentlichkeit über das SW,
- c) Reflexion seiner eigenen Funktionen und Erarbeitung eines neuen Organisationsmodells der verfaßten Studentenschaft.

Punkt a muß noch vom Gesamt-SP erledigt werden, für b und c genügen Ausschüsse. Und vor Semesterende könnte dieses SP aufgelöst werden: Es wäre nicht schade, wenn sich das SP selbst zu Grabe tragen und eine den Interessen der Studentenschaft entsprechende, effiziente Organisations-, Artikulations- und Aktionsbasis hinterlassen würde.

Friedhelm Nickolmann, Sprecher des SP

Sobald irgendwelche Gruppen diese Institution AStA nur als das Feld ihrer ideologischen Auseinandersetzungen betrachten und allein darauf hinarbeiten, in dieser Institution die politische Führung zu okkupieren — egal wie —, verhindern sie einen langfristig wirksamen Kampf der Studenten gegen das Kapital und seinen Staat und erreichen gerade das Gegenteil von dem, was sie als ihr Ziel vorgeben: die Politisierung der Studenten.

Deshalb ist es notwendig, daß die beteiligten Gruppen für diesen neuen AStA ein neues Verständnis formulieren. Für sie ist die Grundlage ein konkretes Aktionsprogramm zur Mobilisierung der Studenten gegen die staatlichen Angriffe. Die AStA-Vertreter dieser Gruppen haben die Aufgabe, dieses Aktionsprogramm durchzusetzen und auf seiner Grundlage die Kämpfe der Studenten voranzutreiben. Die Vertreter haben nicht die Aufgabe, im AStA für ihre Organisation abstrakt den ideologischen Führungsanspruch anzumelden und durchzusetzen.

Diese Bestimmung der Funktion eines AStAs besagt nicht, daß eine unpolitische Institution ist. Indem der AStA versucht, die Kämpfe der Studenten gegen Kultusbürokratie und Staat voranzutreiben, ist er unmittelbar politisch. Denn Prinzip aller Aktionen in der Universität ist es, der Studentenschaft zu zeigen, daß das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nicht mehr in der Lage ist, die berechtigten Forderungen der Studenten zu beantworten, so daß es notwendig ist, dieses System zu überwinden.

Die verschiedenen politischen Tendenzen, die im AStA vertreten sind, müssen durch ihren Beitrag zum Aktionsprogramm und durch ihren konkreten Kampf für die objektiven Interessen der Studenten ihren politischen Führungsanspruch in der Realität beweisen.

Die Politik der Studentenschaft läßt sich nicht aus der Situation an den Universitäten allein bestimmen. Wegen der Bedeutung der Hochschulen und der Wissenschaft für die ganze Gesellschaft und wegen der daraus folgenden Maßnahmen der staatlichen Bildungspolitik muß man den ökonomisch-politischen Hintergrund der derzeitigen Entwicklungen verstehen und bei der eigenen Arbeit berücksichtigen.

1. Die staatlichen Maßnahmen zur Sicherung der kapitalistischen Wirtschaft

Die Wirtschaftskrise von 1966/67 ließ zum ersten Male nach dem 2. Weltkrieg die Widersprüche des kapitalistischen Systems wieder offener zutage treten. In zunehmendem Maße müssen sich Unternehmer und Wirtschaftsmonopole darauf vorbereiten, in den zu erwartenden schärferen Auseinandersetzungen zwischen Kapitaleignern und Lohnabhängigen ihre Macht zu sichern und die notwendigen Veränderungen in der Produktionsstruktur auf Kosten der Arbeitnehmer durchzusetzen. Zu den Sicherungsmaßnahmen gehören die Notstandsgesetze für den Extremfall, die konzertierte Aktion zur Reglementierung der Gewerkschaften und die sog. Vermögensbildung zur Desorientierung der Arbeitnehmer, das Stabilitätsgesetz mit Lohnabschöpfung und die Ausbildungspolitik. Das Berufsausbildungsgesetz ermöglicht den Unternehmern die Ausbildung der Lehrlinge nach Stufenplänen, nimmt dadurch der Mehrzahl der Jugendlichen die Möglichkeit einer qualifizierten Berufsausbildung und macht sie abhängig und verfügbar für die profitorientierte Planung des Arbeitskräftebedarfs durch die Wirtschaftsmonopole.

Gleichzeitig hat die Wirtschaft die gesteigerte Bedeutung der Wissenschaft und Forschung für die weitere Entwicklung der Produktion und die zentrale Rolle der wissenschaftlichen Ausbildung für die Lenkung und Sicherung der kapitalistischen Wirtschaft und des bürgerlichen Staates erkannt. Das führte dazu, daß die Hochschule, die noch feudale Strukturen aufgewiesen hatte und nur teilweise unmittelbar für die Wirtschaft arbeitete, auch deren Funktion als bürgerliche Ideologiefabrik bisher unproblematisch gewesen war, in den Mittelpunkt des staatlichen Interesses rückte.

Die Bewältigung steigender Studentenzahlen mit möglichst gering-

gem Finanzaufwand, die Tendenz zur Auslagerung der Forschung aus den Universitäten an Institute der Wirtschaftsmonopole und des von ihnen beherrschten Staates sind die Konsequenzen. Je nach der Bedeutung der Wissenschaftszweige für die industrielle Produktion, für die Reproduktion und Erziehung der Arbeitskräfte und für die Beherrschung der Gesellschaft

- wird die Ausbildungszeit (oder ist sie schon) gekürzt, um große Zahlen halb ausgebildeter Abhängiger zu produzieren und den Durchlauf durch die Universität zu beschleunigen,
- werden die Studieninhalte und Ausbildungsgänge reglementiert und formiert, um die Akademiker zu willigen Handlagnern des bürgerlichen Herrschaftssystems zu machen,
- werden die Studierenden in sozialer und finanzieller Abhängigkeit gehalten, damit sie sich leichter dem Systemzwang unterwerfen lassen.

2. Der bisherige Widerstand der Studenten

Gegenüber den Plänen und Angriffen des Staates, die bürgerliche Universität durch Formierungs- und Entqualifizierungsmaßnahmen verstärkt für das kapitalistische System verfügbar zu machen, befindet sich die Studentenschaft in einer desolaten Lage, die den notwendigen politischen Widerstand hemmt. Eine Ursache dafür ist die bisherige Entwicklung der Studentenbewegung, die zwar das Herrschaftssystem des bürgerlichen Staates bekämpfte und die Funktion des Kapitalismus und des Imperialismus in der ganzen Welt anprangerte, aber für die Überwindung des Systems nur den Weg sah, durch antiautoritäre Aktionen der Intelligenz die Herrschaftsapparate aufzuweichen, die ideologische Manipulation zu bekämpfen und die Hochschulen zum Instrument der Gesellschaftskritik zu machen. Diese auf den Bereich des gesellschaftlichen Überbaus beschränkte Revolte (die in Bochum zum Versuch einer Demokratisierung der Universität und einer Kompromißverfassung führte), stieß auf ihre Grenzen, als der Staat anfang, im Gegensatz zu den Zielen der Studenten die Universität voll den Interessen des kapitalistischen Systems zu unterwerfen und den Studenten durch Integration in die Verwaltung der Universität und teilweise Auflösung ihrer eigenen Organisationen (siehe Berlin) ihre Schwäche vor Augen zu führen. Viele Studenten sahen ein, daß ih-

re bisherige antiautoritäre Praxis keine Zukunft mehr hatte, und erkannten gleichzeitig während der Septemberstreiks, daß Arbeiter durch organisiertes Handeln eine effektive Gegenmacht gegen die kapitalistische Herrschaft aufbauen können — was man bis dahin oft verneint hatte — und daß der Kampf der Studenten gegen die kapitalistische Hochschulpolitik nur in dem Maße Erfolg haben würde, wie die ganze lohnabhängige Bevölkerung, allen voran die organisierte Arbeiterschaft, die Macht der Kapitalisten würde schwächen können.

3. Konsequenzen für die AStA-Arbeit

Der AStA geht deshalb bei seiner Arbeit davon aus, daß studentische Politik nur Erfolg haben kann, wenn sie bezogen ist auf den Gesamtkomplex der staatlichen Maßnahmen zur Herrschaftssicherung, wenn sie verstanden wird als Teil der übergreifenden Klassenauseinandersetzungen, wenn sie richtig eingeordnet ist in die Aktivitäten gegen die formierenden und entqualifizierenden Maßnahmen auf dem gesamten Bildungsektor. Das bedeutet, daß er seine Hauptaufgabe nicht etwa darin sieht, selbst bei den Kämpfen der Arbeiter mitzumischen — er kann dazu nur je im Einzelfall technische Hilfestellung anbieten —, sondern daß er den Widerstand der Studenten gegen die Ausbildungs- politik als einen Teil der Kämpfe gegen die Kapitalistenklasse organisiert. Das bedeutet, daß er versuchen muß, die vereinzelt Kämpfe der Arbeiterjugend, Schüler und Studenten gegen die staatliche Ausbildungspolitik in gemeinsame Kämpfe münden zu lassen. Das bedeutet für die Universität, daß er die Auswirkungen der technokratischen Reformen auf die einzelnen Fächer genau herausarbeiten und auf die gemeinsamen Grundlagen zurückbeziehen muß, um die Studenten aller Fachrichtungen zum Kampf für ihre gemeinsamen materiellen Interessen zu organisieren und überregionalen politischen Druck auszuüben. Dabei muß der AStA deutlich machen, daß es keineswegs darum geht, die bestehende Ausbildungssituation als Optimum zu verteidigen, sondern die Eingriffe des Staates als drastische Verschlechterung eines schon unzureichenden Systems abzuwehren. Er muß betonen, daß die Studenten zwar nicht aufhören dürfen, gegen die bestehenden Mißstände und bisherige ideologische Fixierung der Universität für eine

demokratische Wissenschaft zu arbeiten, daß die Studenten aber, da ja die verstärkten Angriffe des Staates nur die konsequente Weiterentwicklung der jetzigen ideologischen Funktion der Universität sind, das Hauptgewicht auf die Abwehr dieser neuen Angriffe legen müssen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Studenten sich nicht nur jetzt organisieren sollen, um gegen die aktuellen Formierungs- und Entqualifizierungsmaßnahmen zu kämpfen, sondern daß diese Arbeit Teil einer dauernden Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft im kapitalistischen Staat ist. Die angestrebte Politisierung muß also darauf zielen, daß die Studenten sich schon im Studium auf ihre gesellschaftliche Rolle im Berufsleben vorbereiten, die ihnen zugeordnete Funktion als Garanten der bürgerlichen Ideologie und Herrschaft durchschauen und organisatorische Perspektiven für ihre politische Arbeit gewinnen.

Wenn der AStA somit einerseits den Gesamtkomplex der Bildungspolitik behandelt wissen will, muß er andererseits Schwerpunkte bilden, die der aktuellen Entwicklung entsprechen.

Solche Schwerpunkte werden sein:

- das geplante Hochschulrahmengesetz als aktueller Brennpunkt aller staatlichen Maßnahmen
- die „Reform“ der Lehrerbildung
- die studentische Sozialpolitik mit dem Problem der veränderten Ausbildungsförderung und der Zukunft der Studentenwerke sowie die daraus folgenden Konsequenzen für taktisches Vorgehen und Organisation:
- Konfliktstrategie im Bereich der Gremienpolitik
- Aufbau von Projektbereichen
- überregionale Koordinierung und Reorganisation des VDS.

4. Hochschulrahmengesetz

Der vom Bundeswissenschaftsministerium vorgelegte Entwurf für ein Hochschulrahmengesetz, der die Tendenz des HSG in NRW fortsetzt und auf den 14 Thesen Leusinks aufbaut, ist höchster Ausdruck für das Bestreben der Kapitalisten, die Hochschulen als einen Krisenherd der Gesellschaft, der zentralen Steuerung durch den Staat zu unterwerfen. Durch Konzentrierung der wesentlichen Kompetenzen beim Bund soll garantiert werden, daß Forschung und Ausbildung an den Universitäten einheitlich nach kapitalistischen Interessen gesteuert werden können. Das Hochschulrahmengesetz (HSG) bereitet insbesondere Maßnahmen vor, die dazu dienen sollen, ohne großen finanziellen Aufwand das Problem der Überfüllung der Universitäten zu lösen, indem der Masse der Oberschüler ein Platz an der Universität vorenthalten wird und die Studienanwärter auch gegen ihren Willen auf genau die minderqualifizierten Ausbildungsgänge verwiesen werden, für die Wirtschaft und Staat einen Bedarf vorausgeplant haben. Schon auf der Schule erfolgt durch die Einführung zweier Wege zum Abitur, von denen nur einer zum Studium berechtigt, eine Auslese, die sich bei Eintritt in die Universität durch besondere Eignungsvoraussetzungen und Tests für überlaufene Fächer wiederholt. Der numerus clausus wird keineswegs ganz abgebaut oder durch feinere Maßnahmen ersetzt, sondern als bewußtes Planungsinstrument benutzt werden, um eine Ausbildung von Akademikern ohne ausreichende Berufsaussichten und damit einen Unruheherd zu vermeiden. Die Verteilung der Studienbewerber wird durch eine zentrale Behörde beim Wissenschaftsministerium erfolgen, die den Studenten auf ihre Bewerbung dort einen Studienplatz zuweisen wird, wo Bedarf besteht. Dabei wird die Zusammenfassung von Universitäten, PH's und Fachhochschulen zu Gesamthochschulen die Möglichkeit eröffnen, einen großen Teil der Studenten gleich auf das Niveau der bisherigen Fachhochschulausbildung festzulegen und die Lehrstudenten sämtlich auf Erziehungswissenschaftlichen Teilhochschulen zu verweisen. Für alle Studenten wird die Beschränkung der Studienzeit auf sechs (6) Semester der Normalfall sein. Nur teilweise wird ein achtmestriges Studium ermöglicht, und nur eine kleine Elite wird noch ein Aufbaustudium anhängen können. Ob der eine oder andere nach sechs Semestern weiterstudieren darf, entscheidet die Hochschulbürokratie. Dadurch hofft man, einerseits einen schnelleren Durchlauf durch die Universität zu erreichen, andererseits die angestrebte große Zahl minderqualifizierter „Rezeptanwender“ und nur einen kleinen Teil hochqualifizierter „Rezeptmacher“ zu produzieren. Während der Studien-

Fortsetzung auf Seite 4

Rede vor dem SP

Der Prozeß der Mobilisierung der Studenten auf der Grundlage ihrer Interessen und der Politisierung muß dialektisch verstanden werden. Es darf weder ein rein syndikalistischer Interessenskampf ohne politische Perspektive, d. h. ohne gesamtgesellschaftliche Orientierung, in Gang gebracht werden, denn er führt zu reformistischer Anpassung und damit in eine Sackgasse.

Auf der anderen Seite ist es falsch, wenn sich eine kleine politische Fraktion mit der Studentenschaft selbst verwechselt. Die dann abstrakt vorgebrachte politische Indoktrination führt genauso in eine Sackgasse, weil sie über das Bewußtsein und die konkrete Situation der Studenten hinweggeht.

Die Frage reformistischer oder revolutionärer, die Frage der Politisierung der Studenten, entscheidet sich nicht in der BSZ, sondern danach, inwieweit die politischen Tendenzen in der Lage sind, durch ihr Programm den studentischen Kampf gegen den Angriff des bürgerlichen Staates voranzutreiben. Nur durch die Kampferfahrung selbst kann den Studenten eine politische Perspektive vermittelt werden. Syndikale Interessensvertretung und Politisierung sind 2 Momente eines einheitlichen Prozesses. Sie dürfen nicht abstrakt auseinandergerissen werden.

Nach dieser Feststellung darf der AStA und der Streit um den AStA nicht als ein Hindernis für studentische Kämpfe und politische Klärung sein wie bisher, sondern er muß die möglichst breite Mobilisierung und auf dieser Grundlage politische Auseinandersetzung und Abklärung innerhalb der Studentenschaft ermöglichen und vorwärtsbringen.

Die bisherige politische Einschätzung der Institution AStA und die Pendelschläge der bisherigen Studentenschaft hatten zur Folge, daß die konkrete Politik an der RUB und nicht nur an der RUB immer

nur reaktiv sein konnte. Kurzfristige und spontane Reaktion auf das, was gerade durch Uni und Kultusbürokratie vorgelegt wurde. Für die Studentenschaft hatte das zur Folge: eine immer neu erzeugte perspektivlose Defensive. Aus der Notwendigkeit, eine langfristige Strategie an der RUB zu entwickeln, leiten sich die folgenden Richtlinien des neuen Aktionsprogramms ab:

1. Verstärkte Information über die Ausbildungspläne des Staates für den gesamten Ausbildungsbereich, damit die Angriffe auf die Universität als Teil der Gesamtpolitik dieses Staates verstanden und adäquate Gegenmaßnahmen entwickelt werden können, — darüber, wie und vor welchem wirtschaftlichen Hintergrund die einzelnen Fachgruppen konkret betroffen werden; — darüber, welche Kämpfe an anderen Universitäten und Ausbildungsstätten entwickelt und durchgeführt werden; — darüber, wie der Stand der Diskussionen und Aktionen in den einzelnen Abteilungen der RUB ist. So bestimmt sich eindeutig die Funktion der BSZ.

2. Das Problem der Mitbestimmung ist nur auf gesamtuniversitärer Ebene zu lösen. Aufgabe des AStA in dieser Hinsicht ist: die Funktion der Gremien als demokratische Spielwiesen, die die wahren Machtverhältnisse und Interessensgegensätze verschleiern, transparent zu machen. Eine konsequente Konfliktstrategie auf der Grundlage eines Katalogs studentischer Forderungen muß als Belastungsprobe der Gremien sofort in Gang gesetzt werden. Dadurch werden die Konflikte aufgedeckt; einmal mit den reaktionären Professoren, die auf ihre Privilegien nicht verzichten wollen, zum anderen mit der Kultusbürokratie, die sich orientiert an den Interessen und Bedürfnissen der kapitalistischen Wirtschaft. Die Erfahrungen einzelner fortgeschrittener Abteilun-

Fortsetzung von Seite 1

gen müssen zu Erfahrungen der gesamten Studentenschaft werden. Nur gesamtuniversitär ist auch das Problem der einzelnen Abteilungssetzungen zu lösen.

3. Die Zusammenfassung betroffener Fachschaften und aktiver Gruppen in sog. Projektbereichen nach Sachzusammenhängen gewährleistet eine erste Vereinheitlichung der Information und Aktion innerhalb der Studentenschaft. Das bisher einzige Organ an der Basis, die Fachschaftsvertreterkonferenz, war wegen der Ungleichzeitigkeit und Verschiedenartigkeit der Probleme nicht in der Lage, eine Koordinierung der politischen Arbeit zu ermöglichen. Die Zusammenfassung der einzelnen Projektbereiche durch den AStA ist notwendig, um die Arbeit der einzelnen Bereiche politisch zu unterstützen und auf wenige zentrale Aktionen hinauszuführen.

Der AStA arbeitet darauf hin, daß immer mehr Studenten sich selbst aktiv für ihre Interessensverteidigung einsetzen und organisatorisch in solchen Projektbereichen zusammengefaßt werden. Denn er kann seine Stärke nicht länger daher beziehen, daß er auf seine Legitimität pocht (Beispiele: Berlin, Darmstadt, Dortmund, Heidelberg). Er muß seine Stärke gegen den bürgerlichen Staat erst aufbauen, indem er möglichst viele Studenten an der Basis organisiert.

4. Es ist notwendig, die Isolation der Kämpfe im rein studentischen Bereich und im reinen Ruhr-Universitätsbereich zu durchbrechen. Um von der RUB einen Beitrag zu leisten zur Mobilisierung eines konkreten Kampfes aller durch die staatliche Ausbildungspolitik Betroffenen ist es notwendig, Kontakt aufzunehmen und zusammenzuarbeiten mit den verschiedenen Schülergruppen, SMVs, der GEW, Lehrlingsgruppen und ihren Einzelgewerkschaften, den Asten anderer Universitäten, PHs und Fachhochschulen des Landes.

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

BRILLEN

Kleinsilinen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich

Hagemann

SÜDRING 20

ZUR SITUATION IM STUDENTENWERK

Detlev Süßmilch (26), war ganz sicher: „und wenn Sie sich auf den Kopf stellen, Herr Schultz bleibt!“ Der Vorsitzende des Verwaltungsrates des Studentenwerkes und Uraltfunktionär aus der Szene Bochumer Studentenpolitik irrte. Wenige Wochen später, nach seinem Auftritt vor einigen Angestellten in der Kindertagesstätte des Studentenwerkes mußte dessen geschäftsführender Vorsitzender, Peter Schultz (35), gehen. Sein Nachlaß: einerseits eine Kindertagesstätte, ein Studienverlag, eine erhebliche Zahl von Wohnungsplätzen für Studenten und weitere soziale Dienstleistungseinrichtungen, andererseits rote Zahlen, ein undurchschaubares Buchhaltungssystem und ein erheblicher Mißkredit für die studentische Selbstverwaltung.

Dem Abgang des ersten (von dem VDS-Landesverband eingesetzten) ASTA-Vorsitzenden an der RUB war ein monatelanges Hickhack vorausgegangen, an dem der Verwaltungsrat des Studentenwerkes, die Mitgliederversammlung, das Studentenparlament, der Vorstand des Studentenwerkes und der ASTA beteiligt waren.

Die Lunte, die zum großen Knall führte, hatten der Starostik-ASTA und das Studentenparlament gezündet. Im SS 1970 wurde vom ASTA ein umfangreiches Papier zur Neuordnung des Sozialbereiches an der RUB vorgelegt, dessen Kerngedanke, daß studentische Sozialpolitik sich nicht auf den Sozialfürsorgebereich beschränken kann, sondern auch ansatzweise Möglichkeiten zur Veränderung der bundesrepublikanischen Gesellschaft schaffen sollte, bei den Altfunktionären, die sich im Studentenwerk häuslich niedergelassen hatten, großen Schrecken auslöste.

Auf eine Realisierung ihres Konzeptes konnten der ASTA und seine Mitstreiter bei der rechten Besetzung der Mitgliederversammlung nicht hoffen. Deshalb versuchten sie, das Studentenwerk im Handstreichverfahren einzunehmen. Die Rechten unter den Mitgliedern und der Verwaltungsrat mit Kanzler Seel formierten sich zum Widerstand. Aus der Diskussion um die Neugliederung des Sozialbereichs wurde eine Diskussion um die Person Schultz.

„Daß die Argumente und Methoden dabei von beiden Seiten nicht gerade nach dem Maßstab der Fairheit ausgesucht wurden, steht fest. Fest steht ebenfalls, daß der Verwaltungsrat des Studentenwerkes sich über ganz handfeste Vorwürfe gegen Schultz leichtfertig hinwegsetzte. Denn sowohl der ASTA als auch das Studentenparlament hatten mehrmals mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Vorlage des Jahresabschlusses des Studentenwerkes für 1969 und der Entwurf für den Haushalt des Studentenwerkes für 1970 nicht erstellt worden waren, obwohl die Satzung des Studentenwerkes das ganz eindeutig verlangt. Die letzte Kontrollmöglichkeit über das Studentenwerk wurde dem ASTA entzogen als unter merkwürdigen Umständen Schultz und das Verwaltungsratsmitglied Wenzel eine einstweilige Verfügung gegen das vom ASTA zu bestimmende Mitglied des Studentenwerksvorstandes erwirkten.“

Dieser Sieg der Schultz-Front war freilich ein ganz klassischer à la Phryrus. Der neue ASTA setzte in der Mitgliederversammlung des Studentenwerkes die Installation eines Prüfungsausschusses durch, dessen Ergebnis einigen Herren im Verwaltungsrat des Studentenwerkes etwas höheren Blutdruck beschert haben dürfte. Im Prüfungsbericht wurde festgestellt, daß zwar etliche nicht sehr erhebliche Vorwürfe gegen Schultz nicht stichhaltig waren, daß andererseits aber sehr erhebliche Vorwürfe zu Tatsachen wurden:

- Der Vorstand hatte sich über die Satzung des Vereins hinweggesetzt, als er den Jahresabschluß des Studentenwerkes für 1969 weder vorlegte noch vom Wirtschaftsprüfer begutachten ließ;
- Der Haushaltsentwurf für 1970 war nicht vorgelegt worden;
- Der Vorstand hatte es unter Ausnutzung einer Satzungslücke des Studentenwerkes und durch Anlage von 200 000 DM bei IOS ermöglicht, daß zwei Mitglieder des Vereins die Chance hatten, sich private Vermögensvorteile zu verschaffen, ohne von dieser Transaktion den Verwaltungsrat des Studentenwerkes oder den ASTA zu informieren.
- In der Kindertagesstätte war ein monatliches Defizit von rd. 15 000 Mark aufgelaufen zu einer Summe von 200 000 DM, die das Studentenwerk aus für andere Zwecke bestimmten Geldern der Studentenschaft zuschoß. Die Buchhaltung des Studentenwerkes befand sich in einem höchst mangelhaften Zustand.

Die schlimmen Befürchtungen des Studentenparlaments und des ASTA wurden also nicht nur bestätigt, sondern durch das Ergebnis der Prüfungskommission noch übertroffen. Die Mitgliederversammlung des Studentenwerkes zog die erste Konsequenz: Schultz nahm seinen Hut als geschäftsführender Vorsitzender. Ein neuer, aus Studenten bestehender Vorstand wurde gewählt. Ihm gehören an Frank Gebbers, Manfred Borchert, und als vom ASTA benanntes Mitglied Fred Bleher. Hauptarbeitsgebiet für alle drei: die Beseitigung der fast chaotischen Zustände, wie sie der vorherige Vorstand hinterlassen hat.

Schlag auf Schlag ... Sozialreferenten-Treffen in Bonn

Nachdem im März dieses Jahres das Hochschulgesetz (NRW) verabschiedet worden ist, holt die Landesregierung in Düsseldorf zu weiteren Schlägen gegen ihre studentischen Landeskindern aus: Das Studentenwerkgesetz (SWG) ist bereits in Vorbereitung.

Anläßlich einer Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Studentenwerke NW (ARGE), die zur Beratung und Verabschiedung des Gesetzesentwurfs der Kommission zur Vorbereitung eines SWG's einberufen wurde, trafen sich die meisten Sozialreferenten NRW's am 14. 9. in Bonn.

Es galt, die Voraussetzungen für ein koordiniertes Vorgehen der Studentenschaften zu schaffen, wobei es weniger darauf ankam, den Gesetzesentwurf der ARGE zu kritisieren, um noch unzureichende Korrekturen durchsetzen zu können, als vielmehr eigene alternative Vorstellungen zu erarbeiten. Dabei kam es auf zwei Faktoren besonders an:

1. Die Organe der Studentenwerke (Beirat und Vorstand) sollten sich ausschließlich aus Vertretern der objektiv Betroffenen zusammensetzen, nämlich zu gleichen Teilen aus gewählten Vertretern der Studenten- und der Arbeitnehmer-schaften.

Da der ARGE-Entwurf die Arbeitnehmer-schaft so gut wie gar nicht berücksichtigt, also explizite gegen die Mitbestimmungsvorstellungen der ÖTV verstößt, bietet sich für die Studenten die praktikable Möglichkeit an, zusammen mit der ÖTV einen Gesetzesentwurf zu entwickeln.

2. Das StWG betrifft nicht nur die Universitäten NRW's, wie es der Gesetzesentwurf der ARGE vorsieht, sondern ebenso alle PH's, Fachhochschulen etc. des Landes.

Während des Treffens informierte ein Genosse die anwesenden Studentenvertreter über die letzte Sitzung der Richtlinienkommission für das Honnefer Modell, die am Vortage (13. 9.) stattfand: Das Familienministerium hat die Absicht, den 4. Entwurf des 2. Gesetzes für eine Ausbildungsförderung in nächster Zeit dem Kabinett vorzulegen, nachdem man noch ein Hearing veranstaltet haben wird.

Die gesetzgeberischen Planungen sehen vor, daß die Ausbildungsförderung den Hochschulen entzogen und als allgemeine Jugendförderung den kommunalen Verwaltungsbehörden entweder des Heimat- oder des Studienortes mitübertragen werden soll.

Dies würde bedeuten: — Die A. F. wird ganz der bisher schon geringen studentischen Einflußnahme entzogen:

- die A. F. wird in die Hände von Behörden gelegt, die in keinem Bezug zur Ausbildungsstätte stehen;
- die Besonderheit des wissenschaftlichen Studiums bliebe unberücksichtigt.

Sollte das Familienministerium seine Pläne verwirklichen können, so wird man sich fragen müssen: Gibt es eine Existenzberechtigung für ein Studentenwerk, daß sich hauptsächlich um Menschenprobleme und Zimmervermittlungen zu kümmern hat?

Michael Holzach

zeit sollen stärkere Leistungskontrollen, d. h. verschärfte Prüfungen, Studienüberwachung durch hauptamtliche „Studienleiter“, die Einführung des Studienjahres und die Abschaffung des studentischen Einflusses auf die Stipendienvergabe einen Druck erzeugen, der die nötige Anpassung an die Ausbildungsnormen bewirken soll. Gleichzeitig sollen die Studenten auf Mitwirkung bei der Verwaltung einer Universität verpflichtet werden, die längst völlig vom Staat gelenkt wird. Dadurch werden die studentischen Aktivitäten in die Sackgasse wirkungsloser Gremienpolitik gelockt. Auf der anderen Seite eröffnet das HSChRG die Möglichkeit, die Studentenschaften aufzulösen und damit den zu erwartenden Widerstand gegen alle diese Maßnahmen das organisatorische Gerüst zu entziehen. Deshalb muß die Verpflichtung auf eine inhaltslose Mitwirkung als versteckter Angriff auf die unabhängige Interessensvertretung der Studenten verstanden werden.

Gegen den zentralen Angriff auf die Ausbildungsbedingungen der Studenten muß auch der Widerstand zentral organisiert werden. Der Gefahr einer Auflösung der verfaßten Studentenschaft muß begegnet werden mit einer Stärkung ihrer Organisation. Der ASTA muß daher im Kampf gegen das HSChRG und zur Abwehr der einzelnen Planungsmaßnahmen die Arbeit in den Abteilungen koordinieren, die Maßnahmen auf Universitätsebene zentralisieren und dadurch ein einheitliches Vorgehen erreichen. Fachschaften, Projektbereiche und alle sonstigen Gruppen müssen auf dasselbe Ziel hinarbeiten, auf Bundesebene gegen das Hochschulrahmengesetz zu protestieren und massenhaft politischen Druck auszuüben.

Da das HSChRG schon vom Inhalt der Universitäten, PH's, Fachhochschulen und Schüler gleichermaßen trifft, wird die erste organisatorische Etappe die regionale Zusammenarbeit mit den entsprechenden Organisationen sein, die durch einen NRW-Zentralrat gewährleistet werden soll. Dieser soll Maßnahmen gegen Einzelaspekte auf Landesebene organisieren, gleichzeitig aber Grundlage für eine Koordination auf Bundesebene werden. Zu diesem Zweck muß auch der VDS in seiner Organisationsform auf zentrale Aktionen ausgerichtet und eine Verknüpfung mit den anderen Bundesorganisationen erreicht werden.

5. Lehrerausbildung

Die wichtigste Teilmaßnahme im Rahmen der technokratischen Hochschulreform wird im Bereich der Lehrerausbildung erfolgen durch

- Ausgliederung der Lehramtskandidaten aus der jetzigen Universität an Hochschulen mit „erziehungswissenschaftlichem Schwerpunkt“
 - auch hier Verkürzung des Studiums auf sechs Semester
 - inhaltliche Beschränkung auf ein staatlich fixiertes Berufsbild.
- Diese Maßnahmen sollen ohne großen finanziellen Aufwand zu einer Entlastung der Universitäten führen und schließen darüber hinaus durch eine Nivellierung nach unten ein wissenschaftliches Studium aus. Die Lehrerstuden-ten werden von anderen Studenten isoliert, die inhaltliche Ausbildung auf ein Minimum beschränkt, so daß eine Qualifizierung nur in Sonderfällen je nach Bedarf und nach Abschluß der eigentlichen Ausbildung durch ein „Kontaktstudium“ möglich ist. Im Kampf gegen diese Maßnahmen und mit den Forderungen:

- keine Ausgliederung der Lehrerstuden-ten, sondern Eingliederung aller Lehrerstuden-ten in die Universität
- gleiche wissenschaftliche Ausbildung für Lehrer aller Schularten
- für ein 8-Semester-Mindeststudium
- keine Verkrüppelung des Schul- und Studienstoffes
- für Selbstbestimmung aller Gruppen im Ausbildungsbereich über Prüfungen, Stoff und Didaktik

plant der ASTA den Aufbau eines Projektbereichs Lehrerausbildung an der Ruhr-Uni, in dem alle betroffenen Fachschaften, Gruppen und Einzelstudenten mitarbeiten sollen sowie die Zusammenarbeit mit den VDS-Projektbereichen. Dabei geht es davon aus, daß die Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen für Lehrerstuden-ten zusammenfällt mit einer Verschlechterung der Ausbildung der Schüler. Überall herrscht katastrophaler Lehrermangel, der freie Zugang zu den Universitäten wird durch den verschärften numerus clausus versperrt. Außerdem sollen durch die Schulreformpläne ein Teil der Oberschüler vom Universitätsstudium ferngehalten und gleich in die Fachrichtung und das Niveau kanalisiert werden, die der Bedarfsplanung der Wirtschaft und des Staates entsprechen.

Deshalb wird der ASTA versuchen, eine Aktionseinheit aller an der Ausbildung Beteiligten zu erreichen. Erste organisatorische Perspektive soll aus regionaler Ebene eine Versammlung von Lehrern und Lehrerstuden-ten, Schülern und deren Eltern sein, organisiert von

ASTA, SMV, GEW etc. Diese Versammlung ist ein Beginn, allen beteiligten Gruppen die Gemeinsamkeit ihrer Interessen bewußt zu machen, sie zu diskutieren und geeignete Kampfmaßnahmen zu beschließen, um die gemeinsamen Forderungen gegen die wachsende Ausbildungsmisere durchzusetzen.

6. Bürgerliche Wissenschaft und Berufsperspektiven

Im Zusammenhang mit diesen beiden zentralen Punkten muß natürlich die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie, mit der Wissenschaft im Dienste des Kapitals in ihren Einzelaspekten weitergeführt werden. Die Rüstungsforschung, die Industrie-GmbH-Universität, die Forschungsfinanzierung sind zu durchleuchten. Die Ausrichtung der Gesellschaftswissenschaften auf Herrschaftsstabilisierung und die Ausbildung zu angepaßten Handlangern, durch die Reformmaßnahmen noch wesentlich verstärkt, müssen den Studenten die politische Perspektive ihres Studiums deutlich machen.

Im Rahmen des Kampfes gegen die neuen Formierungs- und Entqualifizierungsmaßnahmen sollen die Studenten erkennen, welche Rolle ihnen im Produktionsprozeß (als Ingenieure oder Naturwissenschaftler), im Herrschaftsapparat (als Jurist, Wirtschafts- oder Sozialwissenschaftler) oder bei der Vermittlung bürgerlicher Ideologie (Lehrer) durch ihre Ausbildung vorgeschrieben ist. Bei dieser Arbeit sollen außer in dem Projektbereich Lehrerausbildung auch in weiteren Projektbereichen (Ingenieur- und Naturwissenschaften, Gesellschaftswissenschaften, Medizin) Konsequenzen aus den gemeinsamen Erfahrungen gezogen werden; insbesondere soll auch vermittelt werden, wie Studenten ihr Studium politisch verwerten können, wie sie sich auf gesellschaftsverändernde Praxis vorbereiten und sich nach Abschluß des Studiums in ihren Arbeitsbereichen organisieren können.

7. Sozialbereich

Hauptproblem im Sozialbereich wird die Auswirkung der Formierungsmaßnahmen und des neuen Ausbildungsförderungsgesetzes auf die materielle Situation der Studenten sein. Der völlig unzureichende Förderungsbetrag und der Elternfreibetrag werden zwar angehoben werden, dafür soll die Abwicklung der Förderung aber auf die Arbeitsämter an den Heimatorten der Studierenden übertragen werden. Dadurch wird die bisherige Einflußmöglichkeit von Studenten in den Förderungsausschüssen auf die Vergabe der Stipendien und die Bewertung von Ausnahmefällen abgeschafft.

Diese Bürokratisierung fällt zusammen mit der geplanten Verschärfung der Studiengänge und Prüfungen und mit der permanenten Überwachung. Der ständige Zwang zur Anpassung an ein reglementiertes Arbeitspensum und regelmäßige Leistungsnachweise, kontrolliert durch „Studienleiter“, bewirken eine verschärfte materielle Abhängigkeit und führen zu verstärkter sozialer Ausbeutung, da die Förderung weiterhin vom Einkommen der Eltern abhängt.

Gegen diese Art von Ausbildungs-förderung müssen alle Betroffenen den Protest organisieren mit den Forderungen

- keine Auslagerung der Honnefer Abwicklung aus dem studentischen Einflußbereich,
 - allgemeine Förderung unabhängig von der familiären Situation und in ausreichender Höhe, Abbau von Leistungsnachweisen.
- Die Veränderung der Ausbildungsförderung hat ihre Parallele in den anderen Ausbildungsbereichen und ist Teil der formierenden Maßnahmen im Hochschulrahmengesetz. Sie kann daher wie dieses nur durch überregionalen politischen Druck, der insbesondere die soziale Benachteiligung betonen muß, bekämpft werden.

Die Lage auf dem Wohnsektor bewirkt eine dauernde soziale Unterdrückung und Abhängigkeit der Studierenden. Der Mangel an Privatimmern und Wohnheimplätzen zwingt viele Studenten dazu, weiterhin bei ihren Eltern zu wohnen, was lange Anfahrtswege und Behinderung der persönlichen Entwicklung zur Folge hat. Vermieter und Makler ziehen den Studenten das Geld aus der Tasche, ihre soziale Stellung unterwirft sie der Willkür von Vermietern oder von Hausordnungen und Hausmeistern. Die sexuelle Unterdrückung setzt sich fort im Fehlen von Wohnmöglichkeiten für Studentinnenpaare und von Kindertagesstätten. Konkrete Verbesserungen können erreicht werden durch verstärkte Werbung und Vermittlung von Zimmern durch das Studentenwerk, durch verstärkte Anmietung von Wohnungen durch das Studentenwerk zur Vergabe an Studenten, durch Bildung von Kommunen oder Kinderläden und durch eine Wohngeldkampagne mit Aufklärung und dem Ziel massenhafter Antragstellung. Weiter muß versucht werden, den Wohnheimbau durch den Staat wieder in Gang zu setzen.

Dabei muß vermittelt werden, daß der Staat ein Interesse an der sozialen Abhängigkeit der in Aus-

bildung befindlichen Jugendlichen hat, daß außerdem die Lage auf dem Wohnungsmarkt kein spezifisch studentisches Problem ist und daß die Studenten nicht ständisch schwachen Schichten verlangen können. Eine generelle Verbesserung auf dem Wohnsektor wird daher nur erreicht werden können, wenn sich die Studenten mit anderen sozial Unterdrückten solidarisieren und z. B. bei der Initiierung und Durchführung von Mieterkampagnen mitwirken.

Neben weiteren materiellen Verbesserungen (Mensaessen, Bücherverbilligung etc.) soll die sozialpsychologische Situation der Studenten im Mittelpunkt stehen. Hier müssen Untersuchungen der psychologischen und sexuellen Lage der Studenten, Aufklärungsreisen und Arbeitsgruppen, die u. a. auch die Sozialisierungsfunktion der RUB und die besondere Unterdrückung und Emanzipationsprobleme der Studentinnen behandeln, in eine politische Mobilisierung zur Veränderung der repressiven sozialen Lage münden.

8. Studentenwerk

Die studentische Sozialpolitik wird wesentlich abhängen von der Gestaltung der Institutionen im Sozialbereich. Einerseits muß versucht werden, auf die geplante Gesetzgebung des Landes über die Studentenwerke Einfluß zu nehmen, die für Bochum das Ende der studentischen Selbstverwaltung auf einem wesentlichen Teil des Sozialbereichs bedeuten könnte und somit den Spielraum der Studenten weiter beschränken würde. Andererseits ist an der RUB auch die Frage einer vorzeitigen Zusammenlegung des Studentenwerks mit dem Akademischen Förderungswerk allein unter dem Gesichtspunkt zu diskutieren, ob die Studenten im Sozialbereich als Betroffene ihre Interessen selbst verwalten können.

Der ASTA wird daher das studentische Studentenwerk trotz der augenblicklichen finanziell angespannten Situation so lange als seine studentische Einrichtung aufrechterhalten, wie nicht gewährleistet ist, daß nach der Zusammenlegung zu einem universitären Sozialwerk nur die Studenten und die Angestellten des Sozialwerks die Arbeitsweise bestimmen und daß dieses Modell nicht durch die Gesetzgebung nachträglich verändert wird. Außerdem soll im Studentenwerk, sobald die momentanen Schwierigkeiten überwunden sind, neben der Sozialhilfe für Studenten auch die sozialpolitische Arbeit der Studentenschaft organisatorisch verankert werden.

9. Konsequenzen für das Vorgehen und die Organisation

Bei der Durchsetzung seiner Ziele geht der ASTA davon aus, daß die Studenten ihre Interessen in der gegenwärtigen Situation durch Mitbestimmung in den Universitäts-gremien nicht durchsetzen können, da der Staat alle wichtigen Entscheidungen von oben herab trifft und die studentische Mitwirkung nur noch in nebensächlichen Fragen zur Geltung kommt.

Der ASTA sieht in dem Versuch des Staates, die Studenten auf diese inhaltslos gewordene Mitwirkung zu verpflichten, einen versteckten Angriff auf die unabhängige studentische Interessensvertretung, weil hinter der Mitbestimmung die Tendenz steht, die organisierte Studentenschaft aufzulösen (siehe Berlin) oder entscheidend zu schwächen. Die Illusion einer wirksamen Funktionsmitbestimmung soll die Studenten dazu bringen, ihre eigene Organisation und die Selbständigkeit ihrer Organe, Fachschaften und ASTA, für unwichtig zu halten und keinen Widerstand zu leisten, wenn diese Organe in kritischen Situationen aufgelöst werden sollen.

Um diese Illusion zu zerstören, wird der ASTA nicht etwa unvermittelt aus den Gremien der Universität ausziehen, sondern diese Gremien zur Offenlegung ihrer Funktion zwingen. Der ASTA wird daher mit einer Konfliktstrategie intensiv in die Gremien hineingehen, die wesentlichen Forderungen der Studenten (d. h. inhaltlich die konsequente Ablehnung der oben beschriebenen Maßnahmen) aufstellen und die Gremien vor die Alternative stellen, entweder die geforderten, massiven wirksamen Maßnahmen (z. B. Boykott bestimmter Anordnungen) gegen die Kultusbürokratie zu treffen (was unwahrscheinlich ist) oder klarzustellen, daß sie wirksame Maßnahmen gar nicht treffen können oder sogar nicht wollen.

In diesem Rahmen muß auch die Bedeutung der Abteilungssatzungen gesehen werden, deren Gestaltung zwar auf gesamthochschulärer Ebene vorangetrieben werden sollen, die aber nicht als Selbstzweck, sondern nur als Mittel im Rahmen der Konfliktstrategie verstanden werden. Die Konfliktstrategie in den Gremien soll dazu führen, daß die Studenten nicht mehr auf die Gremien warten, sondern ihre eigene Organisation beginnen und überregionalen politischen Druck ausüben.

Die eigene Organisation der Studenten soll gestärkt werden durch

Fortsetzung von Seite 3

intensivere Arbeit in den Fachschaften, durch den Aufbau von Projektbereichen und durch wirksamere Koordinierung des gemeinsamen Vorgehens durch den ASTA. Die Fachschaften, als Grundeinheiten studentischer Interessenvertretung, haben neben allgemeiner Hilfestellung für die Fachstudenten und Bemühungen um die Verbesserung der Studienbedingungen die besonderen fachspezifischen Auswirkungen der Reformmaßnahmen zu erarbeiten. Sie müssen die speziellen ideologischen Probleme und Berufsperspektiven vermitteln und die Grundlagen für Information und Mobilisierung schaffen. Sie müssen die Taktik bei der Erarbeitung der Abteilungssatzungen bzw. bei der Arbeit mit den Abteilungssatzungen bestimmen und verhindern, daß durch die Wahl rechter Mitwirkungsideo-logen die Konfliktstrategie in den Gremien vereitelt wird.

Die Finanzierung der Fach-schaftsarbeit soll dem Bedarf entsprechen. Die Fachschaftsvertreter-konferenz sollte, wenn ein Teil ihrer Aufgaben durch die Projektbereiche übernommen wird, nur noch zu solchen Fragen einberufen werden, die in allen Fachschaften gleichermaßen aktuell und vorbereitet sind.

Zur Konzentration der inhaltlichen Arbeit an Problemstellungen, die den Bereich eines Faches überschreiten, plant der ASTA den Aufbau von Projektbereichen. In ihnen sollen die betroffenen Fach-schaften, aktive Gruppen und engagierte Studenten an zentralen Problemen zusammenarbeiten. Die Arbeit in den vorgeschlagenen Projektbereichen

1. Lehrerausbildung
2. Technologie (Ing.- und Naturwissenschaften)
3. Gesellschaftswissenschaften
4. Medizin
5. Sozialkampagne

umfaßt die Analyse und Diskussion der staatlichen Angriffe auf die Ausbildungsbedingungen, der Funktion der bürgerlichen Wissenschaft und der sozialen Verhältnisse aus dem jeweiligen Erfahrungsbereich heraus sowie die Agitation und Organisation der Masse der Studenten, die hier von den fortgeschrittensten und aktivsten Studenten zusammen mit dem ASTA vorbereitet wird. Über den engen fachspezifischen Blickwinkel hinaus soll hier der Gesamtzusammenhang der staatlichen Bildungspolitik und der RUB-internen Konflikte diskutiert werden. Auf keinen Fall darf sich die Arbeit in den Projektbereichen auf theoretische Analysen beschränken, sondern sie muß in konkreten Maßnahmen münden.

Aufgabe des ASTA wird es sein, die Aktivitäten in Fachschaften und Projektbereichen zu intensivieren und zu koordinieren, gemeinsame strategische Ziele zu erarbeiten und für ein einheitliches Vorgehen, insbesondere in der Gremienpolitik, zu sorgen. Der ASTA wird gemeinsam mit den Projektbereichen die überregionale Koordination und die Zusammenarbeit mit entsprechenden VDS-Projektbereichen betreiben sowie die Verbindung mit den anderen Organisationen herstellen.

Damit die Aktivität der arbeitenden Gruppen und Organe in der Studentenschaft auch formell die Politik des ASTA bestimmen und kontrollieren kann, sollte eine Änderung der Satzung der Studentenschaft angestrebt werden.

Bei der Diskussion um die Reorganisation des VDS wird der ASTA darauf hinarbeiten, daß die Verlagerung der inhaltlichen Arbeit im VDS auf die Projektbereiche endlich zu einer wirksamen Zusammenarbeit mit den entsprechenden Bereichen an den einzelnen Universitäten weiterentwickelt wird und daß die Zentrale des VDS diejenige Funktionsfähigkeit erhält, die er zur Koordinierung der Einzelaktivitäten, der zentralen Sammlung und Weitergabe von Informationen sowie zur Organisation von zentralen Aktionen, z. B. gegen das HSChRG braucht.

Grundlage für die gesamte Arbeit des nächsten Jahres muß eine Informationskampagne sein, die zum einen auf die große Zahl jüngerer Semester eingeht und ihnen das Vorverständnis und die Erfahrungen nahebringt, die ältere Studenten in ihrer bisherigen Praxis gewonnen haben, die zum anderen auch die Informationslücke füllt, die während des letzten Jahres in der Studentenschaft entstanden ist und die einen Überblick über die verschiedenen Entwicklungen gibt. Aus der Vermittlung des Gesamtkomplexes der Ausbildungs-politik und ihrer Einzelaspekte sowie aus der Notwendigkeit einer ständigen Information über die Lage in den Abteilungen und die Diskussion in der Studentenschaft bestimmt sich die Funktion der BSZ.

Der größte Teil der Informationsarbeit ist jedoch spezifiziert von Fachschaften und Projektbereichen zu leisten, denen der ASTA zu diesem Zweck ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stellen wird, ebenso wie allen aktiven Gruppen, die im Sinne dieses Aktionsprogramms an einzelnen konkreten Aufgaben mitarbeiten wollen.

Die Fortschreibung dieses Programms erfolgt durch unsere gemeinsame Praxis!

JUMBO-JETS UND DIE REVOLUTION

„Mit solchen Gangster-Methoden macht man keine Revolution“. Dies war die Antwort Nayef Hawatmehs, als ihn ein Reporter des Deutschen Fernsehens nach der Einschätzung der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas über die letzten Flugzeugentführungen fragte.

In den Reihen der Widerstandorganisation Palästinas ist die Diskussion um die „Aktionen im Ausland“ schon vor längerer Zeit abgeschlossen worden. Abgesehen von der „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP) und der „Organisation der Tat“ stehen alle anderen Organisationen dieser Aktion kritisch gegenüber und lehnen sie ab.

Die PFLP, auf deren Konto alle Aktionen gegen Flugzeuge (außer der Aktion in München-Riem Febr. 70) gehen, mißt diesen Aktionen eine außerordentliche Bedeutung bei. In einer ihrer Broschüren unter dem Titel „Über die Aktionen im Ausland“ legt sie ihre Ansicht darüber nieder, es geht hervor, daß der Feind des palästinensischen Volkes nicht nur der Staat Israel, sondern der Imperialismus und die arabische Reaktion; es gelte eben, den Imperialismus und seine Interessen überall dort zu treffen, wo es möglich ist.

Während die PFLP die Feinde des palästinensischen Volkes richtig erkannt hat, entwickelt sie eine falsche Praxis, dem Feind zu begegnen. Diese Praxis, die nur als Taktik verstanden werden kann und nur zeitlich begrenzt sein muß, erhebt sie zu ihrer Strategie. Dieser Umstand ist Ausdruck für eine falsche Theorie und Praxis und zeigt deutlich, daß die PFLP die revolutionären Erfahrungen der Befreiungsbewegung gar nicht aufgearbeitet hat, geschweige denn, daß sie sie auf die konkreten Situationen Palästinas erfolgreich anwenden kann.

Die letzten Flugzeugentführungen der PFLP haben alle ihre früheren Aktionen gegen Flugzeuge übertrifft. Sie drängen sich in den Mittelpunkt der Ereignisse und die Weltöffentlichkeit beschäftigt sich damit leidenschaftlich. Die Tatsache, daß das Leben einer größeren Anzahl von Menschen auf dem Spiel stand und der Gedanke an die nichtexplodierte Handgranate ist allein beängstigend und wahnsinnig. Der Spektakel der Entführungen lag aber auch darin, daß einerseits die Zahl der entführten Maschinen (3 ausgeführte und 1 Mißerfolg) an einem Tag von noch nie gekanntem Maße war, andererseits mußten zwei Maschinen in einem Militärflugplatz auf der Wüste bei Zarka/Jordanien landen, der der PFLP unterstellt war.

Die PFLP benutzte die Passagiere als Geiseln, um ihre Forderungen bei den betroffenen Staaten durchzusetzen. Die betroffenen Staaten haben de facto zum erstenmal die PFLP als Verhandlungspartner akzeptieren müssen.

Während die Diskussion in Westeuropa und Amerika um die Sicherheit der Passagiere und die zivile Luftfahrt wieder ganz aktuell wurde, und strenge Maßnahmen bis zur Leibesvisitation erlassen wurden, gelang es der PFLP eine fünfte Maschine nach Zarka/Jordanien zu entführen. Die Maschine kam aus Bombay (Indien) und befand sich in Richtung London. Die Entführer stiegen in Bahrain (Per-

sischer Golf) ein. Allein diese Entführung in dieser gespannten Lage läßt erkennen, daß es tatsächlich kein Rezept gegen Flugzeugentführungen gibt, wenn die reichen Länder hochentwickelte elektronische Apparate und Maßnahmen empfehlen, dann denken sie dabei nur für sich allein.

Die israelischen Militärs glauben ein Rezept gegen Flugzeugentführungen gefunden zu haben; sie empfehlen „herzlich“ ihre Maßnahmen, es ist erfreulich, daß ihre Methoden keinen größeren Widerhall finden. Der Gedanke allein an die nichtexplodierte Handgranate genügt, um die Gefahren des militärischen „Plöniergeistes“ zu erkennen. Es ist aber auch bezeichnend für die reaktionären Militärs, wie sie sich die Lösung des Problems vorstellen. Die Flugzeugentführungen sind ein Phänomen unseres technischen Zeitalters, sie sind Ausdruck einer Unmacht Einzelner oder Gruppen. Die Bekämpfung der Entführungen wird erfolglos bleiben, solange die politischen Beweggründe, die dazu führen, nicht diskutiert werden und können und allein technische Hilfsmittel herangezogen werden. Es deutet alles dahin, daß Flugzeuge entführt werden; auch bei strengster Kontrolle wird es einigen Personen gelingen, Waffen zu schmuggeln und die Flugzeuge zur Kursänderung zu zwingen.

Heute ist es kein allzu großes Ereignis mehr zu hören, daß eine Maschine wieder nach Kuba entführt wurde. Um die Sicherheit der Passagiere zu gewährleisten, scheint mir das einzige Mittel zu sein, die Maschine entführen zu lassen und die Forderungen zu erfüllen. Bevor wir diese Aktion werten, müssen wir uns erst damit grundsätzlich auseinandersetzen. Flugzeugentführung gehört zu Aktionen des individuellen Terrors; ideologisch begründen sie sich damit, daß nur einzelne Personen in der Lage sind, Veränderung herbeizuführen. Die Aktionen werden von wenigen Personen durchgeführt, meistens mit spektakulärem Erfolg: Die Massenmedien beschäftigen sich mit ihnen und stellen die verschiedenartigsten Vermutungen an. Die Organisationen, die Personen sind ins Licht der Öffentlichkeit gerückt, und man ist auf einmal „wer“.

Diese Aktionen sind für die Weiterentwicklung des Widerstandes zur Revolution äußerst gefährlich. Der erbitterte, langfristige, harte Kampf gegen den technologisch gut organisierten und sonst überlegenen Feind wird zu einer persönlichen, individuellen und zufälligen Auseinandersetzung herabgesetzt. Das Volk wird auf diese wenigen Helden fixiert und berauscht sich an ihren Taten.

Es entsteht eine illusionäre Einschätzung der Lage: „Diese Helden werden das andere auch für uns erledigen können.“ Die Massen des Volkes werden in die Rolle des Zuschauers gedrängt, wobei sie aus den Augen verlieren, daß nur sie selber in der Lage sind, sich aus ihrer Lage zu befreien. Die individualistischen und terroristischen Aktionen waren und sind schon immer Ausdruck der Unterschätzung des revolutionären Potentials der Massen; ihre Auswirkungen sahen immer nur auf den ersten Blick nach revolutionärer Veränderung

aus, wie z. B. bei geglücktem Anschlag auf einen Herrscher oder die Sprengung des Jumbo-Jets; aber ändert sich dadurch etwas an den jeweiligen Macht- und Klassenverhältnissen?

Lenin sah zwar in einigen dieser Terrorhelden Träger eines revolutionären Kerns, den es umzuwandeln gelte, warnte aber dennoch sehr eindringlich vor ihnen und bezeichnete sie als Spontaneität. In seinem Buch „Was tun?“ geht er sowohl mit diesen Terroristen als auch mit den anderen Spontantätigkeitsgläubigen, den Ökonomen, scharf ins Gericht.



Gesprengtes Flugzeug in der Wüste

Die konkrete Lage in und um Palästina stellt sich folgendermaßen dar: Die ersten Aktionen gegen die El-Al-Maschinen, die Entführung nach Algerien (23. 7. 68) und der Anschlag im Flughafen Kloten-Zürich waren zu den jeweiligen Zeitpunkten auch politisch zu vertreten, galt es doch, der Weltöffentlichkeit auf die Verbrechen des Staates Israel, insbesondere gegen das palästinensische Volk, den militärischen Charakter der israelischen „Zivilflucht“, die „Neutralität“ der Schweiz aufmerksam zu machen. Bei der Entführung der El-Al-Maschine nach Algerien galt es den arabischen Völkern zu zeigen, daß die arabischen Führer nur Phrasen von sich geben und zu einem Engagement gegen Israel nicht bereit sind, daß nur sie (die Völker) ihre Befreiung erreichen könnten.

Die letzte Aktion der PFLP fand zu einem Zeitpunkt statt, in dem die palästinensische Widerstandsbewegung den Kampf um ihre physische Existenz und um ihr weiteres Bestehen führte (siehe Artikel „Friedliche Lösung“). Nachdem die USA und die Sowjetunion sich über die Wiederkehr des Friedens im Nahen Osten (Rogers-Plan) geeinigt haben, nahmen die VAR, Jordanien und Israel den Plan an. Die Widerstands-Organisationen lehnten den Rogers-Plan konsequent ab und versuchten ihn zum Scheitern zu bringen.

Eine erfolgversprechende „Freiendensverhandlung“ bedarf gleichzei-

gig einer reibungslosen Atmosphäre. Die ersten Anzeichen für die Liquidierung der Widerstandsbewegung wurden klar: Eine Pressehetze wurde von Heikel (El-ahrem) gestartet, andere arabische Reaktionen und billig erkaufte Journalisten zogen ins Feld, um die Widerstandsbewegung zu diffamieren, die Organisationen gegeneinander auszuspielen, sie als Ganzes zu schwächen. Die demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas (FPDL) war das Hauptangriffsziel dieser Hetzkampagne.

In dieser Situation, in der das Hauptaugenmerk auf die Aufdeckung des Plans zur Liquidierung des Widerstandes gerichtet war, in der es galt, gemeinsam die Volksmassen darauf aufmerksam zu machen und den Komplott zu bekämpfen, beschert die PFLP den pa-

lästinensischen und arabischen Völkern ein spektakuläres „Schlafmittel“ und lieferte den reaktionären arabischen Regimen Angriffspunkte. Die Lage um den Widerstand tauchte in den allgemeinen Ereignissen unter: Alles sprach von den Flugzeugentführungen. Und niemand interessierte sich mehr für die innere Entwicklung in Jordanien. Aus dieser Perspektive müssen wir diese Aktionen betrachten. Wichtig ist, welchen Beitrag sie zur weiteren Entwicklung des Widerstandes leisten. Wir haben leicht feststellen können, daß sie keinen positiven Beitrag geleistet haben.

Sowohl die sozialistischen Gruppen als auch die reaktionäre Bourgeoisie und ihre Handlanger sowie die bürgerlichen Massenmedien haben die Entführungen verurteilt und abgelehnt. Dies geschah aber aus verschiedenen Positionen. Die sozialistischen Gruppen lehnten Flugzeugentführungen aus der Sorge um die Zukunft des Widerstandes ab, da Ziel und Zweck solcher Aktionen den Massen nur schwer vermittelt werden kann.

Die bürgerliche Presse dagegen sah darin einen großartigen Anlaß, die junge Revolution in Palästina zu diffamieren und zu kriminalisieren. Die Manipulation lief auf Hochtouren, es wurden neue Tabus geschaffen und die alten seit Jahren sorgfältig aufgebauten Tabus untermauert. Die bürgerliche Presse sah sich selbst wieder bestätigt, und es gelang ihr tatsächlich, daß sich die Massen mit ihren Argumenten identifizierten.

Dadurch war auch der Weg geebnet, den Krieg gegen die anti-imperialistischen und sozialistischen Gruppen zu legitimieren und mit den unbehaglichen Ausländern, die als potentielle Bombenleger und Unruhestifter gelten, aufzuräumen. Die Bourgeoisie war angeblich besorgt um das Leben der Menschen, um das Leben der Passagiere, die als Geiseln festgehalten wurden, und um die Sicherheit der zivilen Luftfahrt. Sie bedient sich des humanistischen „Mantelchens“ und versteckt sich dahinter, damit sie noch fester zuschlagen kann.

Es ist fatal und wahnsinnig, wenn die Bourgeoisie sich um den Menschen Sorgen macht und als Kämpferin des Humanismus auftritt; denn seit der Entstehung ihrer Herrschaft hat sie im Namen des Humanismus die größten Massaker der Geschichte veranstaltet, und sie wird sich nie scheuen, noch welche durchzuführen. Vietnam, Palästina, Kambodscha sind uns zu bekannte Beispiele. Humanismus bedeutet für die Bourgeoisie, daß sie weiter unversehrt ausbeuten und unterdrücken kann.

Der Mensch, um den sich die Bourgeoisie so viele Sorgen macht, galt niemals als Ziel, sondern stets als Mittel. Er ist gute Arbeitskraft, durch den die Bourgeoisie ihren Reichtum schafft, und guter Polizeisoldat, mit dem sie andere Völker und ihre eigene Bevölkerung unterdrückt und erobert. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Unterdrückung durch die feinere Art des Konsumterrors weitergeführt. Jeder Widerstand gegen den Staat wird von den Herrschenden sofort niedergeschlagen, da sie dadurch — als Interessensvertretung der Bourgeoisie — die Profite gefährdet sieht.

Wir sprechen den unterdrückten und zurückgehaltenen Völkern ein Recht auf Widerstand zu, Gewalt anzuwenden, um ihre Situation zu verändern und sich zu befreien, und fragen nicht danach, ob die „liebe Bourgeoisie“ damit einverstanden ist oder nicht.

Natürlich werden die Menschen (Passagiere usw.) in ihrer Freiheit eingeschränkt; sie werden als Geiseln benutzt und gehalten, und sie erleben gefährliche Situationen. Dieser Zustand ist ein sehr bedauerlicher, denn die Aktionen richten sich keineswegs persönlich gegen sie, sondern gegen den betreffenden Staat, der angibt, seine Macht zum Wohle und für die Interessen seiner Bürger einzusetzen. Alle Geiseln haben der Presse erklärt, daß sie sehr zuvorkommend von den „Terroristen“ behandelt worden seien. Es wird hier keineswegs versucht, die Gefahren solcher Aktionen zu verniedlichen, sondern es wird an die Weltöffentlichkeit appelliert, Verständnis für die unterdrückten Völker zu zeigen und daß Flugzeugentführungen nur ein Mittel zur Durchsetzung ihrer objektiven Ziele ist.

Die Regierungen der Schweiz, Englands und der BRD haben praktisch die Forderung der PFLP erfüllt; sie erscheinen jetzt dadurch als Ehrenmänner und Gentleman, die ihr Versprechen immer halten. Diese Regierungen wissen zur Genüge, daß sie der Forderung nachkommen müssen, weil sie sonst um ihre Interessen in arabischen Ländern fürchten müssen.

Nun, gerade die Freilassung der „rechtsmäßig Verurteilten“ und der „nicht rechtmäßig Verurteilten“ deutet darauf, daß die Regierungen ihren eigenen Gesetzen zuwiderhandeln. Wodurch wurden eigentlich die Gesetze, womit uns der Staat bei der Stange hält, so elastisch und aufhebbar??? Sind die Gesetze „Klassengesetze“, die von anderen Klassen nicht anerkannt werden und bekämpft werden müssen? H. S. S.

FOLTERKNECHTE UND ANSTIFTER

Brasiliens Justizminister in Bochum zu Gast

Wir geben unserer Empörung darüber Ausdruck, daß die Bundesregierung ebenso wie die nordrhein-westfälische Landesregierung dem faschistischen Militär-Regime in Brasilien dadurch zu einer Public-Relations-Aktion verholfen hat, daß sie den brasilianischen Justizminister in die Bundesrepublik eingeladen hat. Dieses Gewaltregime vertritt nachweisbar allein die Interessen der amerikanischen Großkonzerne und richtet seine Politik permanent gegen die eigene, im großen Elend lebende Bevölkerung.

In Brasilien sind nach Schätzungen einer internationalen Juristen-Kommission etwa 12 000 Gegner des Regimes, fast ausschließlich Demokraten und sozial engagierte Katholiken, eingekerkert, die auf derart grausame Weise gefoltert werden, daß viele Menschen in den brasilianischen Gefängnissen ihr Leben lassen müssen.

Für diese Folterungen ist derselbe Herr Justizminister verantwort-

lich, der am 29. 9. 1970 die Jugendarrestanstalt „Neu-Iserlohn“ in Bochum-Langendreer besucht hat. Durch diese Demonstration des „humanen“ Strafvollzugs mit Lehrwerkstätten und anderen Resozialisierungsmaßnahmen wird sich in den brasilianischen Gefängnissen nicht das geringste ändern.

Wir protestieren dagegen, daß diesem Schreibtischmörder zu allem Überfluß auch noch Gelegenheit gegeben wird, ein paar „passende Worte“ (so die Leitung der Strafvollzugsanstalten in Bochum) an die Insassen der Jugendarrestanstalt zu richten. Dieses unkritische, geradezu naive Verhalten der Strafvollzugsbehörden gegenüber diesem exponierten Vertreter einer faschistischen Diktatur, das ja auch sonst weit verbreitet ist, macht es notwendig, immer wieder auf die Gefährlichkeit neo-nazistischer Tendenzen in der Bundesrepublik hinzuweisen und diese zu bekämpfen.

Mieterhöhung im Thadden-Heim

Der Semesteranfang brachte den Mietern des Thadden-Wohnheimes eine unangenehme Überraschung. Die Mieten für Einzelzimmer wurden um 10,—, die für Ehepaarwohnungen um 20,— DM erhöht.

Die Tutores, die sich nur für das kulturelle Heimleben kompetent fühlen, blieben still. Heimversammlungen, zu denen sonst so penetrant gerufen wurde, scheinen plötzlich nicht mehr die adäquate Form der Benachrichtigung zu sein. Daher machte man sich die lobenswerte Mühe, jedem Heiminsassen ein Zettelchen zu schreiben: Die Mühe hat sich gelohnt — alles schwieng und zahlte.

Der Zeitpunkt war günstig. Die Zimmersuchenden befinden sich in der Endphase des Kampfes um die letzten Quadratmeter. Es fehlte daher bei den Erklärungen, die unter der Hand den Heimbewohnern abgegeben wurden, auch nicht der Hinweis, daß jeder schließlich an die Luft gesetzt werden könnte und

daß sich jederzeit Leute finden lassen, die bis zu 180 DM für ein Zimmer zu zahlen bereit sind. Kampfmaßnahmen, wie die Einzahlung aller Mieten auf ein Sperrkonto seien zwecklos, da sonst der Träger, die evangelische Kirche, das Studentenheim lieber in ein Altersheim umwandeln würde. Im übrigen rangiere man schon lange in den roten Zahlen, der Zuschuß des Landes NRW sei zu niedrig und die derzeitige Erhöhung der Grundmiete (nicht des Kostenanteils im Mietpreis) sei mit 10 DM der Anfang zur Bereinigung des Defizits von ca. 75 DM pro Mann und Zimmer. Der Vergleich mit Westberliner Studentenheimen, wo ein Zimmer bis zu 65 DM kostet, sei verfehlt, denn diese Heime würden ganz vom Staat getragen.

Um Licht in diese widersprüchliche Wirnis von Drohung und Argument zu bringen, scheint eines dringend geboten: die Offenlegung der Kostenrechnung!

Eine große Veranstaltung über Palästina wird von der Internationalismusgruppe vorbereitet. Voraussichtlicher Termin ist ein Tag in der Zeit vom 1. bis 15. 11.

Nächste Sitzung des Studentenparlaments am Dienstag, 20. Oktober 1970, 19.30 Uhr im Hörsaal IB I.

Contacta
Institut
Heinen-Brillen - Bochum
Kortumstraße 45 - 1. Etage

Anpassung unsichtbarer Augengläser

Müller-Welt kleinst Contact-Linsen
bewährt und weltbekannt

Bücher 10% billiger Boykottiert Brockmeyer!

In Querenburg gibt es nur zwei Buchhandlungen: die Kunst- und Bücherscheune (200 m hinter der Mensa und damit den meisten Studentinnen und Studenten zu weit) und die Firma Brockmeyer auf dem Mensaforum.

Diese Firma, die auf sorgfältige Auswahl der Lehrlinge achtet („Katholisches Lehrmädchen gesucht“) und die früher Angestellten von Seminarbibliotheken 15 Prozent Rabatt einräumte (heute vermutlich immer noch), erhält (deswegen?) einen Großteil der Aufträge der Bibliotheken der Universität; nur wenige Seminare bemühen sich, ihre Bestellungen auf mehrere Buchhandlungen zu verteilen.

Darüber hinaus besorgt sich Brockmeyer zu Semesterbeginn zu Hunderten die gängigen Bücher, von denen sie wissen, daß sie von den Lehrenden zum Kauf empfohlen werden; einige Professoren geben Brockmeyer sogar an, welche Bücher besorgt werden sollen.

Ohne jegliches unternehmerisches Risiko macht daher die Firma Brockmeyer — besonders zu Semesterbeginn — ein Riesengeschäft; — die Studentinnen und Studenten sind ja so dumm und kaufen.

Das muß nicht sein!

Da ein Unterbieten der Festpreise durch einzelne Buchhändler zu einem Lieferungsstopp der Verlage führen würde, ist ein anderer Weg gefunden worden, um den Studierenden trotzdem zu billigen Büchern zu verhelfen.

Die Mannheimer Gesellschaft zur Förderung des wissenschaftlichen Studiums an deutschen Universitäten e. V. vergibt „Spenden zum Kauf wissenschaftlicher Bücher von 10 Prozent“.

Auf Antrag besorgt diese studentische Selbsthilfe-Organisation alle gewünschten Bücher bei einem Buchhändler und versendet sie frei an den Auftraggeber; sie gewährt dabei zum Kauf der Bücher eine Spende von 10 Prozent (der Preis ist also der Buchhandlungspreis abzüglich 10 Prozent). Die Zusendung der Bücher erfolgt binnen einer Woche.

Bestellkarten für den billigen Bücherkauf sind erhältlich im AstA — Bar 8.

Umgeht das Preiskartell des Profitbuchhandels! Kauft alle Eure Bücher bei der Spendenbuchhandlung!

Wer zu faul ist, sich die Bücher zuschicken zu lassen, sollte zumindest nicht bei Brockmeyer, sondern in einer anderen Bochumer Buchhandlung kaufen. Erich Eisel

Kaufen Sie

Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot & Backwaren

Trinkhalle Rothhoff
(Mensaparkplatz)

Neu:

Busfahrkarten aller Art

Kinder gesucht!

„Sehr geehrte Kinderladen-Initiatoren, Ihr Vorschlag ist vielleicht recht löblich. Für uns nicht. Wir wollen nicht erst gemeinsam diskutieren. Bis zur Entscheidung wäre unsere Eva bestimmt schon erwachsen. Darüber hinaus vertreten wir die Ansicht, daß nur eine autoritäre Erziehung eine optimale Entwicklung ermöglicht...“ Der Assistent ließ freundlich grinsen, zum Diskutieren hatte er keine Lust, und daß man auch ohne bürokratische Kraftakte gemeinsame Kindererziehung ermöglichen kann, kam ihm offenbar nicht in den Sinn.

Andere Eltern zeigten mehr Initiative: Seit August existiert in Bochum der Verein für Kinderhilfe, der zum Träger eines Kinderladens für ca. 1 1/2 bis ca. 2 1/2-jährige werden soll.

An Literatur über Kinderläden als Diskussionsgrundlage für die Eltern, die das Projekt planen, ist kein Mangel. Die Beteiligten sind aber ehrlich genug zuzugeben, daß sie erst am Anfang des Lernprozesses über dieses Thema stehen. Sie wissen ebenfalls, daß die Diskussion über das pädagogische Konzept des Kinderladens mit dem Beginn der Praxis nicht abgeschlossen sein kann. Die praktische Arbeit wird genug Anreize zum Gespräch bieten, insbesondere deshalb, weil über

Kinderladenerziehung bei 1 1/2- bis 2 1/2-jährigen keine Erfahrungsberichte vorliegen. Weil der Kinderladen aber auf keinen Fall zur Aufbewahrungsstätte werden soll, müssen Eltern, die noch mitmachen wollen, zumindest die Bereitschaft mitbringen, sowohl an den theoretischen Diskussionen als an der Arbeit im Kinderladen teilzunehmen.

In der ersten Gruppe sollen ca. 10 Kinder, auf keinen Fall mehr, Platz finden. Neben einer Kindergärtnerin sollen täglich zwei Väter oder Mütter im Kinderladen arbeiten.

Finanziert werden soll das Projekt aus Elternbeiträgen und öffentlichen Zuschüssen.

Bei der allseits bekannten Kinderfreundlichkeit der Vermieter auf dem freien Wohnungsmarkt ist die Raumfrage das schwierigste Organisationsproblem. Der Verein hat aber beste Aussichten, Ende November oder Anfang Dezember einen großen Neubauraum zu bekommen, in dem die praktische pädagogische Arbeit beginnen könnte.

Treffpunkt und Informationsgelegenheit für Interessenten: jeden Mittwoch, 20.00 Uhr, in der AstA-Baracke, hinter der Mensa.

ES SIND NOCH PLÄTZE FREI!

Termin

10./11. Oktober
Bundeskongreß der deutschen Friedensgesellschaft und Internationale der Kriegsdienstgegner, Hagen, Parkhaus.

Thema: „Jugend im Widerstand gegen Rüstung und Krieg“.

Termin

Beendet das US-Massaker in Vietnam jetzt!

DFU

Deutsche Friedens-Union
Bitte Informationsmaterial anfordern bei
Landesgeschäftsstelle der DFU,
43 Essen, Rüttscheider Str. 127

Wellauer's English Blend
ist reich an tiefen Würzen
tabaken: syrischen, indonesien, bali, javanisch, eine klassische englische Mischung

ENGLISH BLEND

WELLAUER

ST. GALLEN • Deutsche Lizenz •

3.50 DM

Großspedition: Plante Berlin 61

Aktion Roter Punkt

Ein roter Punkt an der Autoscheibe bedeutet, daß der Fahrer gewillt ist, die in Bochum besonders zahlreich am Straßenrand stehenden Trampel mitzunehmen.

Angesichts der hohen Fahrpreise (Fahrt vom Hbf. zur Uni: 90 Pfg.) sollten noch mehr Autofahrer diese Selbsthilfeeinrichtung unterstützen.

Die roten Punkte sind erhältlich im AStA (Baracke 8, hinter der Mensa) und bei einigen Fachschaften. Es empfiehlt sich, nur die weißen Flächen zu befeuchten, da sonst das Rot ziemlich schnell verblaßt.

Manch einer zeigt sich natürlich gerne mit rotem Punkt ohne auch nur im entferntesten daran zu denken, nun auch die hoffnungsfroh wartenden Anhalter mitzunehmen. Das ist schlicht gesagt eine Sauererei.

Diese sich „modern“ und „fortschrittlich“ gebenden Leute, die vielleicht sogar noch Bart tragen und 2 CV fahren, reihen sich ein in die große Zahl (leider!) der noch immer unsolidarisch vorbeifahrenden Söhne und Töchter aus „gutem Hause“, die es für ein „Risiko“ halten, weniger Begüterte mitzunehmen.

Allen die gedankenlos vorbeizufahren pflegen, sei empfohlen, auch nur einmal selbst — zu trampeln!

Termine

FHV-MV: Dienstag, 13. Oktober, 16 Uhr, AStA.

SPARTAKUS-MV: Dienstag, 13. Oktober, 18 Uhr, IB 5/88.

SHB-MV: Mittwoch, 14. Oktober, 18 Uhr, AStA.

Junge-Garde-MV: Mittwoch, 14. Oktober, 18 Uhr, AStA.

In Bremen wird laut bürgerlicher Presse eine Universität gegründet, die „sozialistischer“ und überhaupt „gefährlicher“ ist als alle Universitäten der DDR zusammengekommen. Von Springer bis zur CDU/CSU/NPD — das Gezeter ist groß. Noch steht kein Gebäude der neuen Uni, aber der „Rheinische Merkur“ glaubt schon eine „sozialistische Weltanschauungsuniversität“, eine „Guerrilla-Akademie“ bzw. eine „Einbahn-Universität“ die die weitere Existenz der „freiheitlich-demokratischen“ Ausbeuter-Grundordnung bedroht, wachsen zu sehen. „Christ und Welt“ meint, daß in Bremen sozialdemokratische Hochschulexperten „sich von Jahr zu Jahr immer mehr mit ihren radikallinken Plänen in Richtung einer SDS-, APO- oder Roten Universität“ durchsetzen. Das Neonazi-Blatt „National-Zeitung“ schreibt: „An der Universität Bremen werden Linksozialisten und Kommunisten unter sich sein“ und die großbürgerliche „FAZ“ glaubte gar die selbstgestellte Frage, ob Bremen seine Selbstständigkeit als Bundesland behalten soll, nicht mehr eindeutig mit Ja beantworten zu können. Die CDU schließlich richtete im Bundestag eine Anfrage an die Regierung, weil sie die Gefahr zu sehen glaubte, daß mit der Unigründung in Bremen „einerseitige ideologische Konzepte“, die im „Widerspruch zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen“, verwirklicht würden.

Wodurch hat die Bremer Gründung den Zorn der rechten Kräfte auf sich gezogen? Da ist zunächst die Person des Gründungsrektors, Dr. Thomas von der Vring, 33 Jahre, bisher Dozent für pol. Wiss. an der TU Hannover. Zugleich ist er zweiter Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, die spätestens auf dem Münchener Bundeskongreß im Dez. 1969 deutlich gemacht haben, daß sich unter den jungen SPD-Mitgliedern eine Opposition mit Stellenwert entwickelt. Als ehemaliges SDS-Mitglied gehört von der Vring zu den Wegbereitern dieses „Linksdrucks“, der den Zorn und die „Besorgnis“ der SPD-Führung erregte. In diesem Zusammenhang war es ziemlich beachtenswert, daß von

der Vring unter 16 Kandidaten vom Gründungssenat einstimmig gewählt und von der Landesregierung auch bestätigt wurde. Tilmann Westphalen (Bochum), Vorsitzender der Bundesassistentenkonferenz (BAK), die sich inzwischen aber auch hinter v. d. Vring gestellt hat, und Ernst von Weizsäcker (vgl. sein „Hochschul-Baukastenmodell“), Mitglied des Landesvorstandes der baden-württembergischen SPD bekamen nicht eine Stimme. Das Sperrfeuer von rechts richtet sich gegen die hochschulpolitische Konzeption des Bremer Gründungsrektors, die nicht nur vom staatsmonopolistischen Formierungsskizzen anderer Neugründungen abweicht, sondern auch in Ansätzen radikal-demokratische und fortschrittliche Züge aufweist. Von einer sozialistischen Konzeption, die unter den Bedingungen der derzeit unverändert monopolkapitalistischen Gesellschaftsordnung der BRD notwendig utopischen Charakter hätte, kann jedoch keine Rede sein. Von der Vring scheint dies einzusehen, wenn er sagt: „Eine sozialistische Universität kann ich mir erst in einer sozialistischen Gesellschaft vorstellen. Die Universität kann nur in dem Maße umgestaltet werden, wie sich die Gesellschaft demokratisiert.“ (Der Spiegel, v. 13. Juli 70)

An sich dürften die allgemeinen Forderungen von der Vring die Apologeten „freiheitlicher“ Wissenschaft gar nicht stören, denn sie müßten ja — wollte man ihren Worten glauben schenken — längst Wirklichkeit sein. Sie lauten: „Wenn es uns gelänge, eine Universität zu schaffen, in der vorurteilsfrei alle Erkenntnisse über diese Gesellschaft ausgesprochen werden können, ohne daß sofort Repressionen von außen einsetzen, dann hätten wir eine gute Universität.“ (ebda.) Für von der Vring, der sich für eine Brechung des Bildungsprivilegs des Bürger- und Beamtentums einsetzt, bedeutet dies, daß in Bremen Marxisten gleichberechtigt lehren und forschen sollen. Jedoch von Marxismus als „weltanschaulicher Basis“ kann nicht die Rede sein. Von der Vring folgt vielmehr

der bürgerlichen Pluralismustheorie und fordert eine Koexistenz von marxistischer und bürgerlicher Ideologie: „Mein methodisches Prinzip ist der Methoden-Pluralismus.“ (ebda.) Ja er folgt sogar in diesem Punkt z. T. den bürgerlichen Marx-Tötern — was die antikomunistischen Grenzen des Bremer Gründungsrektors anzeigt —, indem er für marxistisch festgelegte Unis eine „Austrocknung der Wissenschaft“ annimmt und sie insgesamt als eine „ziemlich langweilige und öde Angelegenheit“ bezeichnet. (Frankfurter Rundschau, v. 9. 7. 70)

Von der Vring möchte eine „demokratische Gesellschaft mit allen Konsequenzen“, in der die „Mitbestimmung in den Betrieben, Demokratie an der Hochschule, Verstaatlichung der Großbanken“ verwirklicht ist. (Spiegel) Dementsprechend soll auch an der Uni die Mitbestimmung am Arbeitsplatz verwirklicht werden, um „Keimzellen der Solidarität und der Kollektivität“ schaffen zu können, während die heutige Gesellschaftsordnung die Menschen in ein Konkurrenzverhältnis bringe, das notwendig Aggressivität auslöse und Solidarität zerstöre. Vor allem aber solle den Wissenschaftlern klargemacht werden, daß „sie dafür bezahlt werden, Erkenntnisse zu schaffen, mit denen auch die breiten Massen ihr Schicksal besser gestalten können.“ (FR, v. 9. 7. 70). An anderer Stelle schreibt er noch deutlicher: „Eine progressive Universität zu organisieren heißt darum, dafür Sorge zu tragen, daß ihre Parteinahme für den gesellschaftlichen Fortschritt gewährleistet wird, daß sie sich im Prozeß der gesellschaftlichen Demokratisierung als gesellschaftskritische Institution auf die Seite der Unterprivilegierten stellt, auf die Seite des Volkes in der konkreten Bedeutung des Wortes, daß sie in diesem Prozeß nicht hemmende, sondern treibende Kraft wird... Die Universität kann dann ihren kritischen und progressiven Charakter nur in dauerndem Kampf mit den konservativen gesellschaftlichen Kräften bewahren.“ (Die Zeit v. 10. 7. 70)

Es zeigt sich, daß von der Vring durchaus keine marxistischen Vorstellungen vertritt, wie es die reaktionären Kräfte in ihrer Demagogie weismachen wollen, sondern daß er eine Reihe von Forderungen durchzusetzen gewillt ist, die die demokratische Opposition seit langem aufgestellt hat und daß in mancher Beziehung mit der Bremer Uni eine Alternative zu erreaktionären Projekten wie der Schaffung von Privatuniversitäten oder der Gründung der Wissenschaftszentrum-GmbH in Westberlin geschaffen werden kann.

Wie groß der Abstand zu den monopolkapitalistischen Vorstellungen einer Unigründung ist, könnte ein Vergleich mit dem Verfahren bei der Gründung der Ruhr-Universität zeigen. Der „Gesellschaft der Freunde der Ruhr-Universität“, die maßgeblichen Einfluß hatte, steht immerhin der ehem. Wehrwirtschaftsführer Heinrich Kost vor, Generaldirektor der Rheinpreußen AG und Mitglied des Verwaltungsrats des Konzernorgans „Stifterverband für die deutsche Wissenschaft“. Weitere Mitglieder u. a.: Fritz Berg, Präsident des BDI, Alfred Krupp (f), Josef Hofmann, Vorsitzender des Kulturausschusses des nordrhein-westfälischen Landtages. Der damalige DGB-Vorsitzende Rosenberg wurde dagegen nicht aufgenommen.

Alles in allem: das sog. „Bremer Modell“ tanzt auf der Reihe (staatsmonopolistisch gelenkter Universitätsgründungen). Daher wurde eine Riesen-Pressenkampagne entfacht, um den Bremer Senat und die Landesregierung zur Auflösung des Gründungssenats zu bewegen und wieder zu „geordneten“ Verhältnissen zurückzukehren. Damit aber rückte die Gründung der Universität Bremen in das Feld der Auseinandersetzungen um eine demokratische Universität in der BRD.

Noch ist aber vieles offen. Es wird entscheidend auf das bundesweite Kräfteverhältnis — nicht nur auf dem Hochschulsektor — ankommen, ob in Bremen aus fortschrittlichen Ansätzen eine demokratische Wirklichkeit werden kann.

Nayef Hawatmeh: „Zur friedlichen Lösung“

Der folgende Text ist das Protokoll eines mündlichen Diskussionsbeitrages, mit dem Genosse Nayef Hawatmeh vom ZK der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas. Die Diskussion fand zwischen der Führung der FPDLP und westeuropäischen Besuchern in Amman am 16. August 1970 statt.

Hawatmeh analysiert die Lage vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs in Jordanien. An Hand des Rogersplans zeigt er die Veränderungen im Nahen Osten seit 1967, die Faktoren, die zu seiner Entstehung und

Annahme zwangen; gleichzeitig deckt er seinen reaktionären Charakter auf und zeichnet auf das Zusammenspiel der Kontrahenten. Auf Grund dieser Analyse gelang es Hawatmeh die blutigen Ereignisse (Bürgerkrieg) zu prognostizieren, ferner diagnostizierte er die Hauptaufgabe des linken Flügels der Widerstandsbewegung in ihrer konkreten Situation.

Nayef Hawatmeh ist Jordanier und ist einer der führenden Köpfe der arabischen „neuen Linken“, die nach dem Juni 1967 die FPDLP

gründeten. Die FPDLP ist die einzige marxistisch-leninistische Widerstandsorganisation in Palästina; sie gilt als die konsequenteste und profilierteste aller Organisationen. Ihre Arbeit wird ausschließlich aus den Spenden der arabischen Völker und Sympathisanten, die die nicht mehr nur abstrakt helfen.

Dieser Text stammt aus „Die Front“ (ALDJABHA) Sondernummer — Herausgeber: Sozialistisches Palästina-Komitee, Heidelberg. HSS

Bedingungen eines internationalen Konflikts die Widerstandsbewegung nicht zu liquidieren ist. Sie ließen daher ihre erreaktionären Verbündeten in den arabischen Ländern zum Angriff übergehen.

Dies geschah bisher sechsmal: In drei militärischen Auseinandersetzungen mit der libanesischen Regierung und in drei Konflikten mit der jordanischen Regierung. Alle diese Versuche schlugen fehl. Angesichts der Unfähigkeit und Machtlosigkeit ihrer Marionetten in Jordanien und im Libanon gegenüber der Widerstandsbewegung und der Auswirkungen, die die Widerstandsbewegung auf die anderen arabischen Länder hat, fürchten die US-Imperialisten nun, daß es zu einem zweiten Vietnam kommen könnte, d. h. zu Verhältnissen in Palästina, die mit der vietnamesischen Situation vergleichbar sind.

Daher wollen die USA die Widersprüche, die bis jetzt zwischen der Widerstandsbewegung und den arabischen Massen auf der einen Seite und dem Zionismus, dem Imperialismus und der arabischen Reaktion auf der anderen Seite bestehen, in einem Konflikt zwischen allen arabischen Staaten und der palästinensischen Widerstandsbewegung verwandeln. Das würde dem US-Imperialismus erlauben, die Vorteile seines reaktionären „friedlichen“ Plans auf Kosten des unterdrückten und von seinem Land vertriebenen palästinensischen Volks zu realisieren. Die hinter dem Rogersplan versteckten Ziele zeigten sich sehr rasch. Die Demokratische Volksfront hat sie direkt nach der Veröffentlichung des Planes genannt. Sie hat den Plan scharf angegriffen und in ihren Communiqués auf die drohende „Vietnamisierung“ des Konfliktes hingewiesen, d. h. auf die Schaffung von Verhältnissen ähnlich denen, die die US-Aggressoren in Indochina geschaffen haben, wo sie Vietnamesen gegen Vietnamesen, Laoten gegen Laoten und Kambodschaner gegen Kambodschaner kämpfen lassen. Schon heute zeigt sich sehr deutlich: Die palästinensische Widerstandsbewegung ist nicht nur mit dem jordanischen und dem libanesischen reaktionären

Regime konfrontiert, sondern mit dem ganzen arabischen Lager.

Die arabischen Herrschaftsapparate, vor allem die in Händen der Nationalbourgeoisie, sind wegen ihrer ökonomischen, politischen und militärischen Struktur nicht in der Lage, in ihrer Auseinandersetzung mit dem Imperialismus und dem Zionismus einen langandauernden revolutionären Krieg vorzubereiten oder zu unterstützen. Sie können lediglich versuchen, zu den gleichen Verhältnissen wie vor dem Juni-krieg zurückzukehren, indem sie ihre regulären Armeen reorganisieren, quantitativ verändern oder umrüsten. Das würde aber zu den gleichen Ergebnissen wie im Juni 1967 führen und folglich die Voraussetzungen für eine liquidatorische Lösung des Palästina-Problems schaffen. Das würde auch die Liquidierung der arabischen Befreiungsbewegungen bedeuten.

Diese Verhältnisse bilden die Voraussetzung für die Verwirklichung der amerikanischen Vorschläge. Darüber hinaus wurde in den letzten Wochen klar, daß es ein enges Zusammenspiel zwischen der Sowjetunion und den USA gibt, und daß beide Großmächte auf eine schnelle Regelung des Nahostkonflikts drängen, wenn auch aus verschiedenen Gründen. Die Amerikaner fürchten, daß die revolutionäre Bewegung um sich greift und für sie zu einem zweiten Vietnam führt. Die Sowjets wollen aus Furcht um die Erhaltung der friedlichen Koexistenz kein zweites Vietnam.

Auch die arabischen reaktionären Regime setzen sich für eine schnelle Regelung des Konflikts ein. Sogar die „Stimme Saudi Arabiens“, die den Beschluß des Sicherheitsrates immer laut abgelehnt hat, verstummte nach der Verkündung des Rogersplans. Dies war uns von vornherein klar, weil die Interessen solcher Regime gegen die Interessen der Volksmassen gerichtet sind, und weil sie sich vom Imperialismus und vom kapitalistischen Weltmarkt nicht trennen können. Andere arabische reaktionäre Regierungen ebnen den Weg für die Anerkennung Israels. Auf diesem Weg machte der marokkanische König mit dem Empfang Goldmanns, des Präsidenten des jüdischen Weltkongresses, den ersten Schritt. Die nationalbourgeois Regime sind heute untereinander gespalten. Ägypten nahm entsprechend seiner ideologischen, politischen und ökonomischen Struktur den Rogersplan an. Syrien und der Irak lehnten ihn zwar verbal ab, aber sie sind ebenfalls aufgrund ihrer ideologischen und ökonomischen Strukturen nicht in der Lage, diese Ablehnung in die Tat umzusetzen. Man kann daher behaupten, daß sämtliche arabische

Regierungen objektiv den Rogersplan annehmen.

Die eigentlichen Kräfte, die — wenn auch in unterschiedlichem Grad — den Rogersplan ablehnen, sind die palästinensischen Widerstandsorganisationen und die unterdrückten arabischen Massen. In den nächsten Monaten wird es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Befürwortern des Rogersplans und der palästinensischen Widerstandsbewegung und den arabischen Massen um die Verwirklichung des Friedensplans kommen. Mit anderen Worten, es werden eine Reihe von nationalen Bürgerkriegen, insbesondere in Jordanien, ausbrechen. Gerade Jordanien steht vor einer Polarisierung aller Klassen und politischen Kräfte. Die imperialistischen Mächte und der Zionismus werden zweifellos den reaktionären Kräften zu Hilfe kommen, um die palästinensische Widerstandsbewegung zu liquidieren und die arabischen Massen, die hinter ihr stehen, zu unterwerfen. Es wird von der Standhaftigkeit der Widerstandsbewegungen abhängen, ob diese Pläne verwirklicht werden können oder nicht.

Angesichts der Lage der Widerstandsbewegungen und der Erfahrungen der letzten drei Jahre, besonders aber nach der Verkündung des Rogersplans, erwartet die demokratische Volksfront einige Veränderungen innerhalb der Widerstandsbewegungen und unter den arabischen Massen. Ein Teil der Widerstandsbewegung stellte sich in Zusammenhang mit dem Rogersplan hinter die ägyptische Position. Es handelt sich um die „Organisation der Tat“ und die „Organisation des arabischen Palästina“.

Ein weiterer Teil neigt dazu, die Massenbewegungen einzuschränken und die revolutionäre Bewußtmachung der Massen zu verhindern, unter Parolen wie „taktische Flexibilität“, „Rationalisierung der politischen Positionen“, der „politischen Weisheit“. Das ist praktisch die Linie von Al Fatah. Diese Richtung wird nicht in der Lage sein, die liquidatorischen Pläne zu verhindern. Bewußt oder unbewußt, das ist nicht wichtig, wichtig sind die Resultate, wird diese Richtung die „friedliche Lösung“ nicht verhindern können. Die dritte Richtung wird vertreten von der palästinensischen Linken, insbesondere der Demokratischen Volksfront, von den Blanquisten (also der Habbasch-Gruppe) und von dem progressiven Teil der Kleinbourgeoisie (der syrisch-baathistischen Al Saikh). Diese Richtung ist in der Lage, die Initiative zu ergreifen und die Entwicklung entscheidend zu beeinflussen. Sie wird auch in der Lage sein, dem konterrevolutionären

nen Lager die Stirn zu bieten und den amerikanischen Friedensplan zum Scheitern zu bringen. Aber all dies hängt von der Fähigkeit des linken Flügels, also der FPDLP, ab, die Arbeit der blanquistischen Richtung zu kontrollieren und die Arbeit der progressiven kleinbürgerlichen Richtung voranzutreiben, sowie auch davon, ob dieser Flügel es vermag, die schwankende Haltung der nationalen Kräfte zugunsten der Linken zu entscheiden.

Die kommende Entwicklung wird eine gewisse Ähnlichkeit mit der haben, die sich in Rußland im Jahre 1905 abspielte. Ein Blutbad wird die Bevölkerung dieses Gebiets von den arabischen Zaren trennen. Die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung ähnlich der in Rußland zwischen 1905 und 1917 ist nach der Einschätzung der Demokratischen Volksfront gering, aber nicht auszuschließen. Dennoch, unsere Front ist entschlossen, den Kampf weiterzuführen, um die „politische Lösung“ zum Scheitern zu bringen.

Die wichtigste Aufgabe, die sich uns in dieser Phase stellt, ist es, eine nationale und revolutionäre Umwälzung der Verhältnisse in Jordanien einzuleiten und die nationale demokratische Macht der Massen zu errichten, die den Kampf gegen den Zionismus und Imperialismus weiterführt und die liquidatorische Lösung verhindert.

Wir stehen vor einem zweiten Vietnam. Daher appellieren wir an die internationalen Genossen und die progressiven Kräfte der Welt, die kommenden blutigen Ereignisse im Nahen Osten zu verfolgen und unseren Kampf zu unterstützen.

Reifen-Dornhardt

Reifenfachhändler
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager
Sonderpreise f. Uni-Angehörige
463 Bochum · Wittener Str. 449
Fernruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I

B S Z

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (R. Zimmermann-Eisel, H. Moldering, J. Riesenbeck, M. Holzach, F. Bieder).
Redaktion: Heinrich Jost, Rainer Bender, Peter Schöttler.
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität).
Auflage: 8000 Exemplare.
Anzeigenleitung: Erich Eisel.
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16.
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66, Tel. 51 18 55 u. 399 2416.